

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 226 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, 29. September 1934

Chefredakteur: M. Braun

Der „Führer“
treu zum Reichsbischof

Seite 2

Wo bleibt die Milliarde
Dr. Ley?

Upton Sinclaires Wirtschafts-
programm

Seite 7

Die Arbeiter-Internationale

Seite 8

Neutrale Polizei oder Truppeneinmarsch?

Kein Zweifel an einer Rückgliederung nach Hitlers Sturz

Wichtige französische Erklärung

Paris, 28. September.

Die hitlerdeutsche Propaganda an der Saar sucht der Bevölkerung einzureden, daß die Abstimmung für den Status quo einen für ewige Zeiten unabänderlichen Zustand schaffen werde. Durch diese Täuschung will man Teile der deutschen Saarbevölkerung die zwar für Deutschland, aber gegen die Hitlerbarbarei ist, verleiten, den Status quo aufzugeben und für die sofortige Rückgliederung nach Deutschland zu stimmen. Die Frage, ob die Abstimmung des 13. Januar 1935, wenn sie für den Status quo ausfällt, später zugunsten eines befreiten Deutschlands revidiert werden könne, beschäftigt die Abstimmungsberechtigten an der Saar außerordentlich und viele tausende Saarländer werden ihre Entscheidung von der Klärung dieser Frage abhängig machen.

Zwischen Victor Schiff, dem deutschen Vertreter des „Daily Herald“ in Paris, und der „Saarbrücker Zeitung“ ist in unseren Spalten über die Frage eine Polemik geführt worden. Da die Organe der sogenannten „deutschen Front“, wie übrigens auch Herr Röschling in der „Berliner Börsen-Zeitung“, den Anschein erwecken wollen, als ob sie am besten wüßten, was die französische Regierung in ihrem Memorandum zur Saarfrage hat sagen wollen, haben wir uns an eine maßgebende Persönlichkeit der französischen Diplomatie gewandt und um Aufklärung gebeten. Die sehr interessante Antwort lautete:

„Wir alle wissen, daß das Saargebiet deutsch ist und daß vor noch einhalb Jahren nahezu Einstimmigkeit für die Rückgliederung bestand. Inzwischen ist aber eine wachsende Opposition dagegen entstanden, die anscheinend dauernd wächst und bis zum Abstimmungstag vielleicht eine Mehrheit für den Status quo ergeben wird. Jedermann weiß, worauf dieser Umwälzung zurückzuführen ist, nämlich auf die Hitler-Diktatur. Mit der Beseitigung des jetzigen Regimes im Reich würde sich indessen höchstwahrscheinlich die frühere Einstimmigkeit geradezu automatisch wiederherstellen. Dann wäre es höchst überflüssig von Frankreich, diesem neuen Umwälzung nicht Rechnung zu tragen und den Standpunkt einzunehmen, daß das Plebiszit für alle Ewigkeit den Status

quo festgelegt habe. Im Gegenteil, die französische Regierung wollte durch ihr Memorandum schon jetzt den Völkerbundsrat auf eine solche mögliche Entwicklung hinweisen. Aber es ist gar nicht nötig, in diesem Zusammenhang nur an die „zweite Volksabstimmung“ zu denken. Ich könnte mir auch denken, daß bei einer Wiederkehr des früheren Vertrauensverhältnisses zwischen deutschen und französischen Staatsmännern, wie zum Beispiel einst zwischen Stresemann und Briand, Frankreich und Deutschland gemeinschaftlich dem Völkerbund — der im Falle des Status quo die Souveränität über das Saargebiet, ähnlich wie jetzt über Danzig, erhielt — vorschlagen würden: „Geben wir Deutschland das Saargebiet zurück, da die Gründe, die einst die Mehrheit bewogen haben, für den Status quo zu stimmen, fortgefallen sind und offensichtlich wieder nahezu Einstimmigkeit für die Rückgliederung besteht. Eine neue Volksabstimmung ist zu diesem Zweck gar nicht nötig, da das Saarparlament seinen Willen unzweideutig zum Ausdruck gebracht hat.“

„Mehr wollte und konnte“, so fügte der französische Diplomat hinzu, „das Memorandum Barthous im gegenwärtigen Stadium der Dinge nicht andeuten, aber auch nicht weniger. Wer es nicht versteht, dem ist eben nicht zu helfen.“ Wozu nur zu sagen ist: Die Macher der sogenannten „deutschen Front“ wissen sehr wohl, daß die Bevölkerung an der Saar deutsch ist und deutsch bleibt, und daß, sobald die Hitlerregierung von Deutschland gewichen ist, das Saarvolk mit elementarer Gewalt nach Deutschland drängen wird. Niemand kann und will dann diese Vereinigung aufhalten. Auch Frankreich weiß das, wie die vorstehenden Äußerungen einer hervorragenden politischen Persönlichkeit Frankreichs erneut beweisen, und darum werden alle Versuche, den klaren Tatbestand zu verwischen, scheitern.

Das Saarland verlangt den Status quo zum Schutze gegen die Verbrechen und die Schmach der Hitlerdiktatur. Das Saarland gibt den Status quo sofort zugunsten Deutschlands auf, wenn durch den Sturz Hitlers Deutschlands Ehre und Freiheit wieder hergestellt ist.

Vor den Kantonalwahlen

Von Boris Skomorowsky (Paris)

Die traditionelle Ferienzeit, die die französische Politik alljährlich im Sommer einzulegen pflegt, hat in diesem Jahre einen vorzeitigen Abschluß durch die Eröffnung der Vorbereitungsarbeiten für die Anfang Oktober stattfindenden Kantonalwahlen erfahren.

Die Kantonalwahlen werden in Frankreich alle drei Jahre in sämtlichen Kantonen der Republik, dreitausend an der Zahl, vorgenommen (verwaltungsmäßig gliedert sich das Land — von oben nach unten — in Departements, Arrondissements, Kantone und Gemeinden). Und zwar wählt die Hälfte der Kantone jeweils ihre Vertreter im Generalkrat des Departements, die andere Hälfte bestellt ihre Vertreter in den Arrondissementsräten. Sowohl in der Selbstverwaltungskörperschaft der obersten Verwaltungseinheit, des Departements, als auch in der unteren Verwaltungseinheit, des Arrondissements, ist jeder Kanton durch einen Vertreter, der für die Dauer von sechs Jahren gewählt wird, vertreten.

Die französische Selbstverwaltung befindet sich in ausgesprochen rudimentärem Zustand. Gewisse Verwaltungsbefugnisse kommen zwar in beschränktem Umfang den Gemeinderäten zu, obgleich auch ihre Tätigkeit sich in den engen Grenzen der staatlichen Präfekturalverwaltung bewegt (jedem Departement steht als Chef der Exekutive und Verwaltung der von der Zentralregierung ernannte Präfekt vor). Dagegen ist die Rolle der Arrondissements- und Generalkräte in der lokalen Selbstverwaltung äußerst geringfügig und reduziert sich im wesentlichen auf Lebensäußerungen dekorativer und repräsentativer Art. Indessen sind jedoch die Mitglieder der Arrondissements- und Generalkräte von Amts wegen zugleich Mitglieder jenes privilegierten Wahlkörpers, dem die Bestellung der Mitglieder der ersten Kammer, des Senats der Republik, zusteht. Die Wahlen der Kantonsvertreter in den Arrondissements und Generalkräten stellen somit die erste Stufe des indirekten Wahlverfahrens für die Bildung der ersten Kammer dar und beanspruchen weitgehende politische Bedeutung. Zudem wird in den letzten Monaten immer wieder von einer bevorstehenden Auflösung der Kammer und dem sich daraus ergebenden „Appell an das Volk“ gesprochen. Das erhöht das allgemeine Interesse für die Kantonalwahlen, die gleichsam als eine Art Generalprobe für etwaige Kammerwahlen erscheinen.

In den gegenwärtigen Zeitläuften, da die Luft mit der Elektrizität des Bürgerkrieges geladen ist, kommt auch noch einer weiteren Funktion, die das Gesetz vom Jahre 1872 den Generalkräten des Departements zugestiftet, große Bedeutung zu. Falls nämlich die gesetzgebende Körperschaft an der Verrichtung ihrer verfassungsmäßigen Arbeit verhindert ist, haben die Generalkräte sofort, ohne eine besondere Einberufung abzuwarten, zusammenzutreten und Abgeordnete zu ernennen, die die provisorische Nationalversammlung bilden. In den über sechs Jahrzehnten ungestörten Ablaufs des staatlichen Lebens in der Republik hat sich bislang keine Gelegenheit gefunden, diese Bestimmung zur Anwendung zu bringen, und manch ein autoritativer Staatsrechtslehrer hat sogar die Meinung geäußert, daß ihr keine Gesetzeskraft mehr zukommt. Aber kann dieser verstaubte Paragraph aus dem Jahre 1872 nicht in den kommenden Monaten aktuelle Bedeutung gewinnen?

Bis in die jüngste Gegenwart hinein hat die Sozialistische Partei den Kantonalwahlen kaum große Bedeutung beigemessen, sie stellte sich ihren Gegnern vornehmlich bei Parlaments- und Gemeindevahlen zum Kampf. Aber im Verlauf des letzten Jahrzehnts haben sich auch hier erhebliche Wandlungen gezeigt. Im Jahre 1922 gab es sozialistische Kandidaten in nur 458 Kantonen, die sich auf 60 Departements verteilten; bei den letzten Kantonalwahlen im Oktober 1931 führte die Partei den Wahlkampf mit eigenen Kandidaten bereits in 1043 Kantonen, die sich auf 90 Departements, d. h. beinahe auf das ganze Staatsgebiet, verteilten. Auch jetzt

Volksrechte durch Status quo

Die Pflicht des Völkerbundes

Genf, 28. Sept. Bei jeder großen Frage im Völkerbund zeigt sich von neuem, wie verhängnisvoll für Deutschland der Auszug seiner Regierung aus dem Völkerbund sich auswirkt. In Verhandlungen außerhalb des Weltparlamentes sucht der deutsche Gesandte in Bern, Dr. Welzfelder, so etwas wie eine deutsche Interessenvertretung einzuschmuggeln. Er wird sich inzwischen überzeugt haben, daß er in dieser unwürdigen Rolle keine Erlöse hat. Sowohl seine Unterredung mit dem Präsidenten der saarländischen Regierungskommission Auzan wie die mit dem italienischen Vertreter Aisani war ergebnislos.

Beide beharren auf der Heranziehung ausländischer Polizeikräfte. Die Veruche des deutschen Gesandten, diese Verstärkung als unnötig zu beweisen, mußten schon an der Unzulänglichkeit seines Materials scheitern.

Die Ratssitzung am Donnerstag war vollkommen beherrscht von der Rede des französischen Außenministers Barthou über die Saarfrage. Durch die Schuld der Hitlerregierung ist er es, der im Völkerbund den Ton für die Behandlung der Saarfrage angibt. Wie immer man zu Einzelheiten seiner Rede stehen mag, imponierend ist die klare und starke Innehaltung der Linie des Rechts, von der sich der französische Staatsmann nicht abdrängen läßt. Von diesem festen Boden aus vertritt er eine Politik, die der Bevölkerung an der Saar die friedliche Abwicklung des Abstimmungs-kampfes und die wirklich freie Abstimmung sichern will. In diesem Zwecke fordert er die befehlshabende Verhärten der saarländischen Polizei durch Neutrale und machte in diesem Zusammenhange den sehr erusten und sehr aktuellen Hinweis,

daß auf Grund der Ratbeschlüsse von 1923 und 1924 von dem Präsidenten des Saargebietes französische Truppen angefordert werden können. Er weist diese Verantwortlichkeiten nicht zurück, und Frankreich würde sich ihnen nicht entziehen, wenn man einen Appell an Frankreich richte.

„Aber“, so fuhr Barthou fort, „ich drücke das einstimmige Gefühl meines Landes aus, wenn ich erkläre: Frankreich wünscht lebhaft, daß alles vermieden werde, was sein Eingreifen nötig machen könnte.“

Die Warnung an die „deutsche Front“ und ihren Terror ist deutlich, denn diese und diese allein hat es in der Hand, schwere Komplikationen an der Saar zu vermeiden, indem sie endlich auch ihren Gegnern das Recht und die Möglichkeit zur freien Betätigung an der Saar gewährt, statt sie täglich mit Achtung und Schäden aller Art zu bedrohen.

Der wichtigste Teil der Barthouschen Rede enthielt die Forderung an den Völkerbundsrat, rechtzeitig zu hören, was die Saarbevölkerung sich unter dem „Status quo“ vorzustellen hat, damit sie weiß, welche Rechte ihr unter diesem Regime gewährt werden.

Die Worte des französischen Staatsmannes lassen keinen Zweifel darüber, daß an eine weitgehende Demokratisierung, an eine demokratische Mitarbeit der Bevölkerung in der Gesetzgebung und in der Verwaltung gedacht ist. Unter dem Status quo soll also die Saarbevölkerung staatsbürgerliche Rechte erhalten, die unseren Volksgenossen im Osterrreich genommen worden sind.

Fortsetzung siehe 2. Seite.

Acht die Sozialistische Partei eine gesteigerte Agitation im ganzen Lande, die — das muß hervorgehoben werden — unter den von der lange anhaltenden Krise schwer heimgeschlagenen Bauern freundlichen Widerhall findet.

Die Kantonalwahlen gehen, wie das im politischen Leben Frankreichs überhaupt üblich ist, in zwei Wahlgängen vor sich. Im ersten Wahlgang ist die Sozialistische Partei bestrebt, in der größtmöglichen Anzahl von Kantonen eigene Kandidaten aufzustellen, die unter dem Banner der Partei kämpfen und ihr Programm verteidigen werden. In der Stichwahl ist der politische Sinn der Sozialistischen Partei, nicht für jemanden, sondern gegen einen bestimmten Gegner zu stimmen, und die sozialistischen Stimmen werden daher demjenigen Kandidaten der Linken zugeführt werden, der die meisten Aussichten hat, der Reaktion den Weg zum Triumph abzuschneiden und den im Vordertreffen stehenden Wortführer des sozialen Konservatismus, des Merkantilismus, des Nationalismus oder des Faschismus zu schlagen.

Ein ganz neues Moment trägt in den jetzigen Wahlkampf die kommunistische Partei hinein. Von der berüchtigten Theorie vom „Sozialfaschismus“ ausgehend, hat sie im Verlauf vieler Jahre ihre aussichtslosen Kandidaturen im zweiten Wahlgang stets und ständig aufrechterhalten und damit der Reaktion zu billigen Erfolgen verholfen. Der Fakt über die gemeinsame Verteidigungs- und Angriffsaktion im Kampf gegen den Faschismus, den die beiden proletarischen Parteien im Juli abgeschlossen haben, hat die Fortführung dieser für die Interessen der Arbeiterklasse verhängnisvollen Taktik verständlicherweise unmöglich gemacht. In der Tat haben nun die Kommunisten im Gegensatz zu den Prophezeiungen der Befestigten und Kleingläubigen aus unseren eigenen Reihen genügend politischen Verstand bewiesen, um ihre Wahltaktik von Grund auf zu revidieren. In dem von ihnen kürzlich veröffentlichten Wahlmanifest werden fast wörtlich die taktischen Direktiven des sozialistischen Parteitag von Toulouse vom vergangenen Mai wiederholt. Falls ein sozialistischer Kandidat im ersten Wahlgang mehr Stimmen bekommt als der kommunistische Bewerber, soll letzterer seine Kandidatur zurückziehen und seine Wähler auffordern, für den Sozialisten zu stimmen. Ja, mehr noch: die Kommunisten sind sogar bereit, im zweiten Wahlgang für jene Kandidaten der bürgerlichen Radikalen zu stimmen, die sich verpflichtet, gegen die amtierende Nationalblockregierung Doumergue zu kämpfen.

Die kapitalistische Reaktion bemüht sich mit Weiskräften darum, die Kleinbürger- und Bauernmassen mit dem berühmten roten Geispenst in Angst und Panik zu versetzen. Doch ihre Erfolge in dieser Richtung kann man als mehr denn zweifelhaft werten. Freilich haben die Führer der Radikalen Partei ihre Fahne gestrichen und ihr Programm vergessen; freilich sind sie als Geiseln in das Lager der schwarzesten Reaktion geraten. Aber im Lande selbst sind wahrhaft republikanische Traditionen nach wie vor lebendig. Das Herz dieses Landes schlägt immer noch in der Richtung nach links. Und wenn das Land tatsächlich so stimmt, wie sein politischer Instinkt es will, wird der prinzipiellen und Ideenlosen Regierung Doumergue, in der die Radikalen Herriot und Sarroul und der Neozözialist Marquet mit der politischen Unfallkanone Laval und dem faschistischen Abenteuerer Lardieu zusammenarbeiten, fürwahr nichts anderes übrigbleiben, als sofortige Neuwahlen der Kammer auszuschreiben.

Oesterreichs Unabhängigkeit

Die Genfer Entschliessung

Die Verhandlungen über die Unabhängigkeit Garantiolen für Oesterreich gehalten sich nicht ganz einfach. Erst in den Mittagsstunden fand man eine Einigungsformel, die Frankreich vorschlug und dann von England und Italien angenommen wurde. Sie lautet:

Nach einer neuen Prüfung der Lage Oesterreichs haben sich die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und Italiens dahin geeinigt, daß sie im Namen ihrer Regierungen anerkennen, daß die Erklärung vom 17. Februar 1934, in der die Notwendigkeit festgestellt wurde, die Unabhängigkeit Oesterreichs entsprechend den allfälligen Verträgen aufrechtzuerhalten, ihre ganze Kraft behält und die gemeinsame Politik der drei Großmächte weiterhin bestimmt.

Das ist etwas dürftig. Aber diese Formel bietet die Grundlage für weitere Verhandlungen. Sie sollen jetzt in der Kleinen Entente erfolgen — mit dem Ziel, daß diese der Erklärung beitreten.

„Petit Journal“ erklärt die Rechts, in der Erklärung über Oesterreich werde den Kreisen zu denken geben, die einen neuen Putsch gegen die Unantastbarkeit Oesterreichs planen. Nach dem „Petit Parisien“ gehen die drei Großmächte nunmehr die Unterstützung Rußlands Berlin werde das Gewicht dieser Unterstützung immer mehr zu spüren bekommen.

Gestapo in der Schweiz

Kasel, 28. Sept. Wie die Schweizer Telegraphen-Agentur meldet, wurden an der deutschen Grenze zwei Deutsche, bevor sie die Grenze erreichen konnten, verhaftet. Es wurde festgestellt, daß es sich um zwei Polizeibeamte in Zivil handelt, die Waffen bei sich trugen. Sie wurden der kantonalen Polizei übergeben und eine Untersuchung wurde eingeleitet.

Oranienburg nicht aufgelöst

Berlin, 27. September. (Anprek.) Entgegen allen Erwartungen und Ausserungen des Propagandaministeriums ist das Konzentrationslager Oranienburg nicht aufgelöst worden. Es sind wohl einige Schwachsinnige in andere Konzentrationslager, wie Fapauburg und Vichburg, abtransportiert worden. Aber 10 sogenannte „unverbesserliche“ Anführer und etwa die gleiche Zahl oppositioneller SA-Männer sind in Oranienburg geblieben, das zur Tarnung der Öffentlichkeit als „Reinigung Oranienburg“ bezeichnet wird. Nach wie vor bestehen in Oranienburg die berüchtigten Dunkelkammern, in denen SA-Männer politisch Gefangene wahllos bis zur Verwundbarkeit prügeln. So wurde vor kurzer Zeit ein innerer Arzt im Alter von 25 Jahren in den Dunkelkammern solange gefoltert, bis er eines Tages erhängt vorgefunden wurde. Der ärztliche Befund lautete, wie stets in solchen Fällen, auf Selbstmord.

Volksrechte durch Status quo

Fortsetzung von Seite 1

Einen anderen Sinn kann ja auch der Status quo für seine deutschen Anhänger gar nicht haben: er soll ein letztes Bollwerk der Volksrechte auf deutschem Boden werden gegen die Verflüssung durch eine Diktatur brauner Parteibonzen.

Der französische Außenminister verwies dann den Völkerbund darauf, daß dieser vor der Abstimmung auch noch die Beamtenfrage, die Pensionsfragen, Probleme der Sozialversicherung und des Kredits usw. zu regeln habe, so daß mit einer Klärung dieser wichtigen Fragen noch im Laufe dieses Jahres, wahrscheinlich im November, zu rechnen sein wird. Das ist umso wichtiger, als die Hitlerregierung allen Verhandlungen über diese wichtigen wirtschaftlichen Existenzfragen mit leeren Phrasen, es gehe nicht um materielle Dinge, ausweicht. Sobald man diesen Fragen nähertritt, wird sich zeigen, welche Gefahren für die Saarbevölkerung bei einem Aufgehen in die Vankrott- und Hungerwirtschaft Hitlers bestehen.

Auch auf die Kirchenfrage wies der französische Außenminister hin. Deutsche Bischöfe außerhalb des Saargebietes äßen, nicht aus freiem Willen, sondern selbst wieder unter dem Terror der Hitlerregierung, einen politischen Trud auf die katholischen Geistlichen des Saargebietes aus, stellen die Autorität ihres geistlichen Standes in den Dienst einer rein parteipolitischen Sache, nämlich der Agitation für den Anschluß an den Staat der antikirchlichen Hitlerbonzen. Auch dagegen sind Garantien notwendig. Schon vor einiger Zeit hat die Abstimmungskommission, an deren Neutralität schon zweifelhaft werden kann, auf diese unbilligsten kirchlichen Mißbräuche hingewiesen.

Gerade die katholischen Priester im Saargebiet, mit den wenigen Ausnahmen der von der „deutschen Front“ bezahlten geistlichen Agitatoren, wünschen dringend den Schluß gegen politischen Terror von außen.

Der französische Außenminister hat warnend erklärt, daß die Saarfrage zu den schwersten Folgen führen könnte, wenn jemals die Verwüstung der Leidenschaft weichen sollte. Diese Gefahr wolle Frankreich vermeiden. Diese Gefahr müssen wir alle vermeiden. Voraussetzung ist aber, daß die Grund-

Hitler treu zu Müller

Ein Brief des „Führers“ für das Kirchenregiment

Das bereits angekündigte Eingreifen Hitlers in den evangelischen Reichskirchenkampf ist erfolgt. Es liegt sehr ein Brief Hitlers an die oppositionellen Bischöfe Meißner und Barm vor, der die Parteinarbeit des „Führers“ für Müller, an der in der Sache niemand zweifelt, ganz offensichtlich macht. Hitler steht im Reichsbischof seinen Beauftragten, der die Evangelische Kirche in ein Macht- und Vollzugsorgan des Nationalsozialismus zu verwandeln hat. Wer ihn dabei hilft, ist ein Staatsfeind und bekommt über kurz oder lang die ganze Härte des Gesetzes zu spüren.

Nach der Tagung der Berliner Nationalkonferenz, die die offene Kirchenpolitik errichtet und den Treueid der Geistlichen schärft hat, wandten sich die beiden Bischöfe persönlich an Hitler. Sie baten ihn um seine Vermittlung — in der etwas fragwürdigen Hoffnung, daß der „Führer“ an einer Vermittlungsaktion und Verhandlung Interesse habe. Hitlers Antwort traf Mitte September ein. Sie wurde im Auftrag Hitlers von Staatssekretär Reichner unterzeichnet. Es heißt darin:

Der Führer und Reichsoberhaupt habe Ihre Eingabe einer eingehenden Prüfung unterzogen. Diese Prüfung hat ergeben, daß Ihre Behauptung, die von der Reichskirchenregierung zur Eingliederung der Landeskirchen getroffenen Maßnahmen würden gegen Verfassung und Gesetz verstoßen, nicht begründet ist, auch die von Ihnen über den Umfang der disziplinarischen Maßregelung von Pfarrern gemachten Angaben entsprechen nicht den Tatsachen; insbesondere ist kein Geistlicher, sei es im Disziplinarwege, sei es im Verwaltungswege, wegen Bekennnisfragen gemahnt worden. Bei den noch schwebenden Disziplinarverfahren handelt es sich in der Hauptsache um solche Geistliche, die auch nach dem Verordnungsgebot vom 13. April 1934 gegen die äußere Ordnung der Reichskirche sich auflehnen haben.

Die süddeutschen Geistlichen beruhigten sich mit dieser Ablehnung nicht. Sie blieben dabei, daß die Beschlüsse der Nationalkonferenz mit den Vergewaltigungen zahlreicher Landeskonferenzen Rechtsbrüche seien. Bischof Meißner ließ über diese Auffassung in einem neuen Schreiben seinen Zweifel:

Die Feststellung, daß das Handeln der gegenwärtigen Reichskirchenregierung fortgesetzt gegen Recht und Ver-

„Ausschluß der Oeffentlichkeit“

Wenn korrupte Bonzen vor Gericht stehen

Bln, 28. Sept. (Anprek.) Vor der großen Strafkammer in München begann gestern der Prozeß gegen den ehemaligen Bezirksleiter der NSD, des Hans Weiskalen, Walter Kugel, der der Unterschlagung angeklagt ist. Mit angeklagt sind ein früherer Gaubetriebsstellenobmann, der frühere Abteilungsleiter bei der obersten Leitung der PD, der NSDAP, August Piontek, und eine Reihe weiterer hoher NSDAP-Funktionäre, wegen Vermögensaneignung, Untreue und Unterschlagung.

Sofort nach Beginn der Verhandlung stellte der Staatsanwalt den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit für die ganze Dauer des Prozesses, da durch eine öffentliche Verhandlung eine Gefährdung der Staatssicherheit gefährdet werden würde. In der Verhandlung des Ausschlußantrages hielt es weiter, die Öffentlichkeit habe zu die er Angelegenheit bereits Stellung genommen, das Gericht habe nichts zu verweigern, aber in diesem Prozeß würden andere Fragen auf dem Spiel. Es sei selbstverständlich, daß viele Volksgenossen den Wunsch hätten an dieser Verhandlung teilzunehmen. Es sei aber aus der Erfahrung bekannt, daß solche Prozesse den Emigranten Gelegenheit gäben, gegen das nationalsozialistische Deutschland Propaganda zu machen. Das Staatsinteresse erfordere somit den Ausschluß der Öffentlichkeit.

Das Gericht gab dem Antrag statt und schloß die Öffentlichkeit und auch die Presse für die ganze Dauer der Verhandlungen aus.

läge der Freiheit und der Aufrichtigkeit in der Entscheidung vollständig und gegenseitig beobachtet werden.

„Kraft und Deutlichkeit“

Englischer Widerhall der Rede Barthous

London, 28. Sept. Die am Donnerstag von Barthou in der Saargelegenheit vor dem Völkerbund abgegebene Erklärung findet in der Morgenpresse sehr große Beachtung und wird von einem Teil der Blätter in sensationeller Aufmachung wiedergegeben.

„Morning Post“ nennt Barthous Worte eine Mahnung an alle, die versuchten, die freie Abhaltung der Volksabstimmung zu verhindern. Die Wirkung des Eingetretens des französischen Außenministers sei gewesen, daß eine Sonderkommission des Völkerbundes zur Behandlung der Saarfrage für den November einberufen worden sei. Somit hätte die Regierungskommission und die Abstimmungskommission wirkliche und wirksame Unterstützung erhalten.

Im „Daily Telegraph“ ist von der Möglichkeit der Entsendung französischer Truppen nach der Saar die Rede. Der Korrespondent des Blattes in Genf betont, daß der englische Vorkämpfer der Regierungskommission des Saargebietes, Knox, es selbst immer schwerer finde, eine neutrale Polizeitruppe aufzustellen.

In einer Genfer Meldung der „Daily Mail“ wird gesagt, daß der Versuch, eine große ausländische Polizeitruppe aufzustellen, mißglückt sei, würden jedoch die Bemühungen darauf gerichtet werden, geeignete Leute im Saargebiet zu finden. Es werde aber immer noch geplant, wenigstens eine kleine Stammtruppe von Ausländern als Polizeioffiziere aufzubringen.

„Daily Express“ bracht die Genfer Nachrichten in möglichst auffälliger Form ab und sagt: Frankreich ist jeden Augenblick bereit, seine Truppen in das Saargebiet einzumarschieren zu lassen. Die Androhung einer Intervention zur Erzwingung der öffentlichen Ordnung bei der Volksabstimmung wurde von Frankreichs 74-jährigem Außenminister in Genf vorgebracht. Sie hat Verblüffung unter den Staatsmännern in Genf hervorgerufen. Man befürchtet, daß die französische Drohung eine kriegerische Rückwirkung in Deutschland hervorrufen wird, und dies wird die ohnehin schon gespannte Lage noch schwieriger machen.

lassung verfehlt, und daß eine große Anzahl von Geistlichen um ihrer bekenntnismässigen Haltung willen gemahnt wurde, die ich bereit, mit entsprechenden Beweisen zu belegen. Ebenso die Tatsache, daß die Disziplinierung sich insgesamt auf mehr als 800 Pfarrer erstreckt. Die Entwicklung, die die kirchlichen Dinge in der letzten Zeit genommen haben, gibt mir veranlassen, mich um die Sorge und Bekümmern um Kirche und Volk. Ich kann um meines Amtes und Gewissens willen von dem eingeschlagenen Wege nicht abgehen.“

Die süddeutschen Bischöfe verraten nicht geringen Mut. Man müßte an ihrer Intelligenz zweifeln, nähme man an, sie seien von der Ausschlußlosigkeit ihrer Vorkstellungen bei Hitler nicht überzeugt gewesen. Hitler ihnen steht aber nicht nur das Gewissen im Bewußtsein der evangelischen Freiheit. Sie wissen, daß die Schär ihrer Anhänger wächst. Bekennnissonde und Parteiverbot sind die einzigen bei aller Unterdrückung eine mächtige moralische Wirkung unter den Gläubigen. Die Kirchen der widerspenstigen Geistlichen sind überfallen. Es geht um den Glauben. Er hat im protestantischen Lager heute Widerstandskräfte wachgerufen, die die schneidende und gewalttätige Exekutive nicht mehr bewältigen kann.

Die „Internationale“ des Protestantismus leidet der: Kämpfern wachsenden Bestand. Mitten in die Auseinandersetzungen innerhalb der deutsch-evangelischen Kirche kommt die Nachricht, daß der Präsident des Exekutivkomitees des lutherischen Weltkongresses, der amerikanische Bischof Marchand, die diesjährige Tagung des Kongresses von Paris nach München verlegt hat. In evangelischen Kreisen hat dieser Beschluß des Präsidenten große Ueberraschung ausgelöst, da man ihn selbstverständlich mit den Vorgängen in der deutsch-evangelischen Kirche in Zusammenhang bringt. Die Tagung wird voraussichtlich vom 12. bis 19. November stattfinden. In dem lutherischen Weltkongress sind die sämtlichen lutherischen Kirchen der Welt zusammengeschlossen. Dem Exekutivkomitee gehören außer den Vertretern der deutsch-lutherischen Kirchen Landesbischof Doktor Marahrens (Hannover) und Landesbischof Dr. Meißner (München) an.

Das Neueste

Der Völkerbund hat am Donnerstag keine Septembertagung abgebrochen und für den 13. November eine Sonder-tagung anberaumt, auf der Saarfragen behandelt werden sollen.

Das Schwurgericht in Metz hat am Donnerstag einen Saarländer Clemens Scherer wegen Kirchenraubes zu 16 Jahren Anstalt und 10 Jahren Anstaltstrafe verurteilt. Scherer soll zunächst den deutschen Gerichten ausgeliefert werden, vor denen er sich wegen Ermordung eines Polizeibeamten in der Nähe von Trier zu verantworten haben wird.

Zwischen Mitgliedern einer politisch rechtlich gerichteten Organisation und Kommunisten kam es in der vergangenen Nacht im Zentrum von Paris zu einer Schießerei, bei der drei Personen so schwer verletzt wurden, daß sie in kostenaufwendigstem Zustand in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Der „Anor“ will aus sicherer parlamentarischer Quelle erfahren haben, daß Ministerpräsident Doumergue im Laufe der am heutigen Freitag stattfindenden Kabinetsbesprechungen seinen Entschluß mitteilen werde, die Nationalversammlung für den 20. Oktober nach Versailles einzuberufen. In politischen Kreisen sei man der festen Überzeugung, daß die Staatsreformvorschläge der Regierung die Zustimmung der großen Mehrheit der beiden Häuser finden werden.

In Düsseldorf sind in der letzten Woche fünf Fälle von spinaler Kinderlähmung festgestellt worden. Die Schulen und Kindergärten sind vorsichtshalber für die Dauer von drei Wochen geschlossen worden.

Die „Saargänger“ in den Abstimmungslisten

Wo bleibt die Nachprüfung?

Die Angelegenheit mit den Abstimmungslisten wird immer eigenartiger. Die Zeitschrift „Weltland“ hat, wie wir bereits berichteten, in ihrer beachtenswerten Untersuchung den Nachweis erbracht, daß die Zahl der Abstimmungsberechtigten unendlich klein sein dürfte. Inzwischen konnten wir geheimer aus dem Reich mitteilen, daß die Abstimmungsliste um weitere 10.000 angefüllt ist. Indessen stellt es sich heraus, daß zahlreiche Personen, deren Abstimmungsberechtigung außer Zweifel steht, in den Listen nicht eingetragen sind. Es finden sich darunter merkwürdigerweise eine Reihe von Antifaschisten. Auch einige jüdische Familien, die durchaus abstimmungsrechtlich sind, sind in den Listen nicht eingetragen. Dasselbe ist von einer ganzen Reihe von Franzosen festzustellen, die am Sonntag, nämlich am 28. Juni 1919, ihren dauernden Wohnsitz in Saarbrücken hatten.

Wenn all die fehlenden Personen hinzukommen, dann wird die Zahl der Abstimmungsberechtigten eine solche Höhe erreichen, daß sie offensichtlich mit den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise in Einklang gebracht werden kann.

Wie sehr die Abstimmungslisten in Unordnung sind, geht u. a. auch aus der Tatsache hervor, daß in den Listen, wie in diesen Tagen festgestellt werden konnte, eine Reihe von sogenannten Saargängern als abstimmungsrechtlich eingetragen sind. Als Saargänger werden bekanntlich diejenigen Personen bezeichnet, die zwar im Saargebiet einer Beschäftigung nachgehen, ihren festen Wohnsitz jedoch außerhalb des Saargebietes haben. Gewöhnlich begeben sich die Saargänger alle Samstage zu ihrem festen Wohnsitz, wo sie sich bei ihrer Familie bis Montag aufhalten. Sie zahlen ihre Steuern in ihren Heimatgemeinden, also außerhalb des Saargebietes, und sind, wie aus der Wahlordnung klar hervorgeht, nicht abstimmungsrechtlich.

Im Gegensatz zu einigen anderen antifaschistischen Blättern möchten wir ausdrücklich hervorheben, daß uns die Eintragung der Saargänger in die Abstimmungslisten nur recht sein kann.

Bekanntlich haben gerade die um das Saargebiet liegenden Grenzorte, aus denen der größte Teil des Saargängerscontingents gebildet wird, bei den letzten Hitlerwahlen teilweise bis zu 50 Prozent mit „Nein!“ gestimmt.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß ein großer Teil der Saargänger auch bei der Abstimmung im Saargebiet für uns, gegen Hitler stimmen wird. Wir sind über-

haupt überzeugt, daß zahlreiche Saarabstimmungsrechtige, die aus dem Vorkriegsparadies nach dem Saargebiet zur Abstimmung abgemobilt werden, hier bei uns im Saargebiet für die deutsche Freiheitsbewegung — gegen die Hitlerdiktatur stimmen werden.

Aber zwecks Durchführung einer geordneten Wahl ist es erforderlich, daß die Listen in Ordnung sind, und daß sich an der Abstimmung nur diejenigen beteiligen, die tatsächlich auch abstimmungsrechtlich sind. Es handelt sich nicht darum, ob die Saargänger für oder gegen uns stimmen werden, sondern es handelt sich darum, daß die Saarbevölkerung zu den aufgestellten Listen das Vertrauen besitzt, und wir erklären mit aller Deutlichkeit — das möge die Abstimmungskommission hören, — daß ein großer Teil der saarländischen Bevölkerung dieses Vertrauen zu den Abstimmungslisten nicht besitzt. Es ist wirklich an der Zeit, daß die Nachprüfung so rasch wie möglich erfolgt, damit die geregelte Abstimmung zu dem festgesetzten Termin stattfinden kann.

Wir sind uns einig!

Wir erhalten ununterbrochen Anrufe, daß Namen fehlen, falsch geschrieben sind, daß die Geburtsdaten nicht richtig eingetragen sind. Abstimmungsrechtige, die niemals das Saargebiet verlassen haben, fehlen. Ganz klar ist folgender Fall: ein altes Ehepaar ist eingetragen, dagegen fehlen sämtliche acht abstimmungsrechtige Kinder in den Listen.

Wir sind weit davon, diese Vorfälle und Ungenauigkeiten aus gewissen Absichten zu erklären und sie politisch anzumengen. Das mögen die tun, die es notwendig haben. Wir erwähnen sie nur, um unsere Leser daran zu erinnern, daß es dringend notwendig ist, die Listen einzusehen. Niemand darf sich darauf verlassen, daß es schon stimmen wird. Die oben angezeigten Fälle beweisen, daß es eben nicht stimmt. Es ist die selbstverständliche Pflicht jedes Abstimmungsrechtigen dafür zu sorgen, daß er in der Liste eingetragen wird und daß alle Personalangaben richtig sind.

So schreibt die „Saarbrücker Zeitung“

Also gibt auch das Blatt der braunen Front zu, daß die Listen nicht in Ordnung sind. Somit sind wir uns mit den Braunen einig, daß die Listen nachgeprüft werden müssen. Das Wort hat die Abstimmungskommission.

Günstige Aussichten für die Hitler-Gegner

Paris, 26. September. (Anpreß.)

Lord Marles, Vizepräsident des englischen Oberhauses und Vorsitzender der Kommission zur Untersuchung des Nazi-Terrors an der Saar, hat einem Vertreter des „Gegen-Angriff“ ein Interview erteilt, in dem es u. a. heißt:

„... Meine vielen Gespräche mit Katholiken und vor allen Dingen mit katholischen Priestern lassen mir heute keinen Zweifel, daß auch innerhalb der sogenannten „Gleichgeschalteten“, die gezwungenermaßen innerhalb der „deutschen Front“ sind, eine starke Bewegung für den Status quo vorhanden ist, die in Kürze auch offen zutage treten dürfte... Wenn Herr Hitler behauptet, die Saarfrage stünde zwischen Frankreich und Deutschland, so ist das irreführend. Meiner Ansicht nach steht Herr Hitler zwischen der Saar und Deutschland... Viele, darunter verantwortliche Politiker, haben mir die Überzeugung ausgesprochen, daß Hitler-Deutschland keine 50 Prozent erhalten wird, vorausgesetzt, daß die geheime Wahl gesichert ist...“

Nochmals sei betont, daß eine Kündigung des Abkommens durch einen der Beteiligten auch bei diesen Knappschaftsrenten nicht vorzuziehen ist. Warum sollte das auch sein? Wir haben vorher erst die Vorschriften des § 12 zitiert. Andererseits ist aber doch die Grundlage aller dieser Bestimmungen folgende:

Die deutschen Anstalten zahlen die Zuschüsse (richtiger müßte man sagen anteilige Beiträge an den Renten) entsprechend den Kapitalien, die sie aus den Leistungen der Versicherten erhalten haben.

Da seit Gründung der selbständigen saarländischen Kassen 1922 keine Beiträge mehr ins Reich abgeführt werden, muß die Höhe der deutschen Anteilzahlungen ständig zurückgehen. Eines Tages werden sie ganz weggefallen sein, weil eben die Berechtigten, die nach nach Deutschland (also vor 1922) Beiträge gezahlt haben, gestorben sind, oder weil das Reichskapital (Kass Knappschafft) in voller Höhe abgezahlt worden ist. Das dem so ist, beweist ja die Statistik. Burden 1931 noch rund 141 Millionen Franken aus dem Reich an die saarländischen Versicherungen gegeben, so waren es 1932 nur noch 123 Millionen, 1933 sogar nur noch 111 Millionen, also in zwei Jahren eine Abnahme von 30 Millionen Franken oder rund 22 Prozent.

Was geht daraus hervor? Nun nichts anderes, als daß all das Geschrei, die deutsche Regierung würde im Fall, daß die Abstimmung für den „Status quo“ ausfiele, das Abkommen kündigen, d. h. die Zuschüsse sperren, und dann würden die saarländischen Kassen ruiniert sein, der saarländische Sozialrentner würde seine Pension nicht mehr erhalten, eitel Bluff ist.

Zunächst einmal kann rechtens, wie oben dargelegt, die deutsche Regierung gar nicht kündigen. Sodann sind aber auch die deutschen Beiträge ja gar nicht solche riesensummen, sie nehmen von Jahr zu Jahr ab, und beschweren daher auch gar nicht so sehr die deutsche Leistungsfähigkeit, wie es immer behauptet wird. Infolgedessen kommt auch eine Einstellung wegen Zahlungsunfähigkeit des Reichs kaum in Frage. Würde aber wirklich dieser Fall eintreten, so wäre ein selbständiges Saargebiet immer noch in der Lage, diese verhältnismäßig kleinen Beträge auf andere Weise aufzubringen, so daß die Rentenempfangner dann immer noch besser daran wären, als ihre Leidensgefährten in Deutschland, die bei einer Zahlungsunfähigkeit des Reichs sicher nichts mehr bekämen. Doch handelt es sich, wie gesagt, gar nicht darum. Der saarländische Sozialrentner kann unberührt sein. Daß man im Reich nicht daran denkt, die Rentenzahlungen einzustellen, verkündet ja die „deutsche Front“ oft genug laut und deutlich; wie sollte man also daran denken können, die für den Etat des Reichs an sich kaum eine Rolle spielenden Zuschüsse einzustellen, zu denen man sich in der Abrede unter schriftlich verpflichtet hat.

Aber auch wenn die deutschen Sozialversicherungsanstalten wirklich selbst die Beträge nicht mehr zahlen könnten, so müßte das Reich für sie solidarisch halten, nicht nur wegen der in der Abrede gegebenen unter schriftlichen Verpflichtung, sondern auch nach den ausdrücklichen Bestimmungen des Friedensvertrages.

Hier haben wir also den Kardinalpunkt. Der saarländische Pensionär möge in der Tat, wie die Propagandisten der „deutschen Front“ so schön sagen, die Augen aufmachen. Er wird dann erkennen: Gibt er seine Stimme für die Rückgliederung ab, so ist bei der Ungewißheit künftiger gesetzlicher Änderungen in Deutschland seine Versorgung auch ganz ungewiß. Denn, daß in Deutschland keine weitere Rentenfürsorge jemals eintreten wird, ist eine durch nichts beweisene Behauptung.

„Stimmt er hingegen für die Erhaltung des „Status quo“, so gibt dieser „Status quo“ auch für seine Pensionsansprüche, d. h. sie bleiben ihm unverändert gesichert.“

Ein weiterer Artikel, der sich mit der Art und Weise der Rentenberechnung bei Pensionen, die sowohl in Deutschen wie auch in saarländischen Kassen versichert waren, befaßt, und ferner die für Anträge und Rentenfortzahlung sowie für Rechtsmittel zuständigen Organe und so weiter nach dem Wortlaut der entsprechenden Paragraphen der Abrede näher erläutert, folgt.

Das Testament der Breschkowskaja

Wie wir bereits gemeldet haben, ist am 12. September in der Emigration die „Großmutter der russischen Revolution“ im Alter von 90 Jahren Katharina Breschko-Breschkowskaja gestorben.

Ihrem letzten Willen gemäß wurde sie ohne geistlichen Beistand und ohne kirchliche Zeremonien in dem Dorfe Chvaly, ein paar Kilometer östlich von Prag, wo sie die letzten Jahre ihres Lebens verbracht hatte und wo sie gestorben ist, zur letzten Ruhe gebettet. Nur ein russisches revolutionäres Lied erklang und umflorte rote Fahnen wehten auf dem kleinen Friedhof.

Am offenen Grabe wurde ihr Testament verlesen. Darin heißt es: „Ich bitte Euch, daß Ihr meiner nicht im Schlechten gedenket. Alles, was ich vollbracht, geschah aus reinem Herzen. Ich gehe aus dieser Welt in Dankbarkeit für die Menschen, die mir Gutes taten. Das Leben war mir gnädig und trug mich hoch. Allen Freunden bin ich unendlich dankbar, nicht nur in diesem, sondern auch in jenem anderen Leben. Es umarmt Euch Jekaterina Breschkowskaja.“

Die Heidelberger Abrede

Ihre Bedeutung für die Volksabstimmung

Jeder Mann im Saargebiet kennt den Namen „Heidelberger Abrede“. Aber was es wirklich ist, worum es sich dabei handelt, das wissen die Wenigsten. Hand aufs Herz, wer von all denen, die in Presse oder Versammlung davon sprechen, hat schon einmal ihren Text gelesen?

Es ist gerade in letzter Zeit über die Frage, ob in dem Falle, daß die Abstimmung nicht zugunsten Hitlerdeutschlands ausfiele, die Rentenansprüche gewahrt blieben, eine erregte Diskussion geführt worden. Die „Deutsche Arbeitsverfeinerung“ des Saargebietes hat kategorisch erklärt, daß nur die Rückgliederung die Renten sichere, alle gegenteiligen Behauptungen „unglaublich“ seien.

Wer hat nun Recht?

Zunächst einmal, was ist nun eigentlich die Heidelberger Abrede?

Da müssen wir uns schon einmal einen kleinen historischen Rückblick anschauen. Bis 1918 gehörten die saarländischen Versicherten zur großen deutschen Sozialversicherung. Die Zentralen befanden sich jenseits des Rheins, und dementsprechend waren auch die Reserven zentral angelegt. Mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages erwies sich eine Auseinandersetzung als nötig. Man legte daher in einem Protokoll vom 3. Juni 1921 gewisse Grundsätze über Angelegenheiten der Sozialversicherung fest, über deren Ausführung man sich dann in der sogenannten „Frankfurter Abrede“ vom 31. Mai — 21. Juni 1923 vorläufig einigte.

In der folgenden Zeit wurde aber die deutsche Sozialversicherung durch einschneidende neue Gesetze stark beeinträchtigt, ja grundlegend geändert. Es gab ferner während der Jahre 1923—1926 eine solche Wende der wirtschaftlichen Verhältnisse, bedingt durch die nach Abschluß der Frankfurter Abrede einsetzende deutsche Inflation und ihrer Folgeerscheinungen in der gesamten Weltwirtschaft, daß es schon aus diesem Grunde geraten erschien, nunmehr eine endgültige Regelung zu treffen. Der Abschluß der diesbezüglich aufgenommenen Verhandlungen bildete dann die „Heidelberger Abrede“ vom 13. Oktober 1927.

Wir haben eingangs schon gefragt: wer kennt denn wirklich ihren Wortlaut? — Es erscheint uns daher sehr angebracht, und wir glauben alle, die mit der Materie zu tun haben — und wer ist heute nicht daran interessiert? — einen Dienst zu erweisen, wenn wir im Folgenden die wichtigsten Bestimmungen nach dem deutschen Originaltext zitieren.

Das Abkommen gliedert sich in die Abschnitte:

1. Unfallversicherung.
2. Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung.
3. Angestelltenversicherung.
4. Knappschaftliche Pensionsversicherung.

Es enthält ferner die nötigen Bestimmungen über die Auszahlung der Leistungen (namentlich bezüglich der Umrechnung der verschiedenen Währungen), die Wochenhilfe, die Benutzung der Heilanstalten, die Entscheidung bei Streitigkeiten (Schiedsgericht im Falle des Kompetenzkonfliktes zwischen zwei Versicherungsträgern, Zuständigkeit der Obergerichtsämter und so weiter bei Streit über die Höhe der Rente, Leistungen von Krankenkassen und so weiter).

Was den ersten Abschnitt Unfallversicherung angeht, so können wir uns hier kurz darauf beschränken, zu sagen, daß er im Wesentlichen die Selbständigkeit der neu gegründeten saarländischen Versicherungsanstalten für alle seit dem 31. Dezember 1921 schwebenden Ansprüche für alle seit dem 31. Dezember 1921 im Saargebiet erkrankten Unfälle, die sich seit jenem Datum im Saargebiet ereignet haben, festlegt. Wichtigste wird eine vorläufige Vermögensauseinandersetzung vorgenommen, wobei die zur Erhöhung der früher niedrigeren Unfallrenten des Saargebietes auf den Stand der RSC, nötigen Beträge von den deutschen Versicherungsanstalten (die so auch vorher die ganzen Beiträge bekommen hatten) als unverzinsliche und

vor Ablauf der im Friedensvertrag festgelegten fünfzehnjährigen Frist bis zur Volksabstimmung nicht zurückforderbare Darlehen gegeben werden. Endgültig soll die Vermögensauseinandersetzung dann nach der Volksabstimmung stattfinden.

Auch bezüglich des dritten Abschnitts Angestelltenversicherung können wir uns kurz darauf beschränken, zu sagen, daß die hinsichtlich der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung getroffenen Abmachungen analog anzuwenden sind (§ 12 der Abrede).

Die wichtigsten Bestimmungen befinden sich in den Abschnitten 2 und 4. Hier ist namentlich der § 12 zu zitieren, der grundlegend ist für das ganze Abkommen. Danach ist Voraussetzung für die Ausführung der Abrede, daß die Vorschriften über den Gegenstand der Versicherung in beiden Gebieten die gleichen sind — keine Selbstverständlichkeit, da ja die gesetzliche Grundlage im Saargebiet wie im Reich die RSC ist und ferner, daß „auch sonst in den maßgebenden Verhältnissen beider Gebiete eine wesentliche Änderung nicht eintrete“...

Man sieht eine Kündigung des Abkommens ist nicht vorzuziehen. Lediglich die Voraussetzung für die Vereinbarung sind gegeben. Würde beispielsweise — was wir hier sagen, ist natürlich reine Theorie; kein vernünftiger Mensch denkt an diese Möglichkeit — die Volksabstimmung den Anbruch an Frankreich fordern, dann würde diese Voraussetzung wegfallen, weil einmal die Vorschriften über den Gegenstand der Versicherung (eben die RSC) nicht mehr die gleichen blieben, so dann aber auch die „wesentliche Änderung“ eintrete. — Das Abkommen würde also in diesem Falle genau so gegenstandslos werden wie im Falle der Rückgliederung, und eine neue Regelung müßte eintreten.

Gingegen ist für den Fall der Abstimmung für den „Status quo“ nach obigem Wortlaut ganz klar, daß das Abkommen weiter in Kraft bleiben muß. Denn die „Vorschriften“ bleiben in beiden Gebieten die gleichen (die RSC bleibt in Kraft) und in den „maßgebenden Verhältnissen“ tritt keine „wesentliche Änderung“ ein, die Vertragspartner sind nach wie vor einerseits das Deutsche Reich, andererseits der Völkerverbund, als dessen Repräsentant die Regierungskommission die Heidelberger Abrede unterzeichnet hat.

Auch in dem Abschnitt 4 „Knappschafft“ ist im § 12 lediglich die Höhe der von der Reichsknappschafft zu leistenden Zuschüsse festgelegt. Diese sind übrigens nicht einmal so hoch. Sie betragen nämlich nicht mehr als:

In der Arbeiterabteilung (A-Kasse):

- Zur Invalidenpension 7,— RM.
- Zur Witwenpension 3,50 RM.
- zum Waisenlohn 2,— RM.

In der Angestelltenabteilung (B-Kasse):

- Zur Invalidenpension 20,— RM.
- Zur Witwenpension 10,— RM.
- zum Waisenlohn 4,— RM.

Dieser Zuschuß hat mit dem sogenannten „Reichszuschuß“ (§ 129 der RSC) nichts zu tun. Er ist lediglich eine Abgeltung für die von dem Saarbrücker Knappschafftswerke leitern nach drüben abgeführten Reserve, die das Deutsche Reich ihm nicht auf einmal, ihrem Goldwert entsprechend, wieder herauszahlen konnte. — Dingegen wird der sogenannte „Reichszuschuß“ — die Bezeichnung ist leicht gewöhnt für die hier in Betracht kommenden Verhältnisse; der Ausdruck bezeichnet in der RSC einen Zuschuß, der zu den aus der Beitragszahlung sich errechnenden Rentenhöhe stets gezahlt werden muß (also auch vor dem Abkommen und auch dergleichen in Deutschland) — in jedem Fall von dem Versicherungsträger des Gebiets gezahlt, wo der Berechtigte wohnt. Verbleibt der Berechtigte in das Saargebiet, so ändert sich hierin nichts. — Die Ziele, die Rentenhöhe hingegen bleibt unverändert.

Kleine Wirtschaftsnachrichten

Wie der Roheisenverband mitteilt, ist zwar im Inlande eine verstärkte Nachfrage seitens der Rüstungsindustrie zu verzeichnen, aber das Auslandsgeschäft ging im laufenden Monat weiter zurück.

Die Kamzugvorräte bei den 5 deutschen Wollkämmereien haben sich Ende August auf 5.146 Tonnen vermindert, während die Vorräte in der gleichen Zeit des Vorjahres noch 9.578 Tonnen betragen. Damit spitzt sich die Lage am deutschen Wollmarkt weiter zu. Trotz den Verboten sind die Wollpreise in Deutschland im Zusammenhang mit der sich immer stärker bemerkbar machenden Verknappung dauernd gestiegen. Da in der gleichen Zeit die Wollpreise am Weltmarkt zurückgegangen sind, ist der Preisunterschied zwischen Inland und Ausland immer größer geworden.

In der Hauptversammlung der Westdeutschen Kaufhof A. G. (ehemals Leonhard Tieg), teilt der Vorsitzende des Vorstandes Dr. Baier mit, daß solange die Warenhausfrage nicht entschieden sei, die Verwaltung sich bemühen werde, im Interesse der von der Gesellschaft abhängigen Industrien und Arbeiter weiter zu arbeiten. In der ersten Hälfte des neuen Geschäftsjahres sei aber keinerlei Mehrumsatz zu verzeichnen. In der zweiten Hälfte dagegen habe sich eine leichte Besserung bemerkbar gemacht (infolge der Hamsterkäufe), die, im Vergleich zu den höheren Einzelhandelsumsätzen im Reich, nicht befriedigend sei.

Die diesjährige Tagung der Gesellschaft deutscher Metallhütten- und Bergleute, die in Krummhübel im Riesengebirge stattgefunden hat, stand im Zeichen der durch die Devisenschwierigkeiten hervorgerufenen Einstellungen der schlesischen Rohmetalle. Professor Dr. Grothe aus Clausthal erklärte in einem Vortrag, daß große Hoffnungen auf die Ausbeutung der schlesischen Metallvorkommen nicht zu setzen seien. Er bezweifelte stark die Abbauwürdigkeit der schlesischen Lagerstätten, deren Aufschließung höchstens für gewisse Apparatefabriken Interesse habe, aber kaum für Hüttenwerke und Privatgesellschaften. Der gute Professor scheint hierbei an bestimmte Apparate zu denken, die im Kriege Verwendung finden könnten.

Die in der Inflation errichteten Erzeugnisanlagen der Hanfunion A. G. Schopfheim, Baden, die seit etwa vier Jahren stillliegen, sind in den Besitz eines Konsortiums übergegangen, das die Herstellung von Kunstseide aufnehmen wird. Bekanntlich ist im „dritten Reich“ durch die Drosselung der Textilrohstoffzufuhr eine Konjunktur für die Kunstseide entstanden. Daß die Errichtung von neuen Kunstseidenfabriken unter den gegebenen Verhältnissen zu Fehlinvestitionen, sogar zu künftigen Zusammenbrüchen führen wird, unterliegt keinem Zweifel.

Ueber die Lage der Westerwälder Basalt- und Steinindustrie gibt folgender Bericht Aufschluß, den wir der „Kölnischen Zeitung“ entnehmen:

Die Hoffnungen auf einen starken Auftrieb der Beschäftigung durch das große Straßenbauprogramm haben sich nicht in dem Umfang erfüllt, wie man glaubte erwarten zu können. Wenn auch die Beschäftigung um etwa 30 Prozent gegen das Vorjahr gestiegen ist, so steht das doch nicht im Verhältnis zu den Aufwendungen, die durch das Durchhalten des größten Teils der Belegschaft im Winter entstanden sind. Die Reichsbahn hat keine nennenswerten zusätzlichen Aufträge erteilt, so daß die im Frankfurter Verteilungsschlüssel festgelegten Mengen nur unwesentlich überschritten wurden.

Daraus geht also hervor, daß die Unternehmer gezwungen waren, im abgelaufenen Winter unproduktiv zu arbeiten und daß es nunmehr mit der künstlich aufgeblähten Arbeitsbeschaffung zu Ende geht.

„Der deutsche Volkswirt“ äußert sich auffallend pessimistisch über die Aussichten des Schachtel Planes der Einfuhrbeschränkungen und Devisenkontrolle. Die Zeitschrift schreibt, daß das Ausland offenbar nur sehr langsam zu heftigen lernen werde, daß der Weg, den Deutschland beschritt, der einzig mögliche Weg war. Ausländische Exporteure hätten Korrespondenten des Blattes zu verstehen gegeben, daß ein Verschwinden Deutschlands vom internationalen Markt durchaus nicht als unmöglich zu bezeichnen sei.

Die Schuhfabrik S. Wolf, Mainz, die in diesem Jahr auf ein 98jähriges Bestehen zurückblickt und zeitweise eine recht bedeutsame Rolle in der Schuhindustrie spielte, hat jetzt ihre Zahlungen einstellen müssen. Die Inhaber wenden sich in einem Rundschreiben an ihre Gläubiger, ohne jedoch bereits fest umrissene Vorschläge machen zu können.

Drohende Qualitätsverschlechterung

Auf dem in diesen Tagen abgehaltenen Kongreß der Gesellschaft der Deutschen Metallhütten- und Bergleute in Krummhübel wurden einige bemerkenswerte Vorträge von Fachleuten gehalten. Aus diesen Vorträgen geht hervor, daß, wie Prof. Grothe ausdrücklich feststellte, eine Sicherstellung der Metallversorgung aus eigenen Rohstoffen nicht möglich ist. Ferner wurde festgestellt, daß die Ersatzwirtschaft praktisch zur Qualitätsverschlechterung und damit zu noch weiterer Verminderung der Ausfuhr führe. So erklärte beispielsweise Prof. Dr. Kerner, Karlsruhe, u. a. folgendes:

Bei vielen elektrischen Maschinen und Apparaten bedeuere der Ersatz von Kupfer durch Aluminium einen geringeren Wirkungsgrad und damit eine Wertminderung. Ersatz von Kupfer durch Aluminium, auch für Inlandsmaschinen, sei auch deshalb bedenklich, weil das Ausland damit eine Gegenpropaganda entfalten könnte — trotzdem für Auslandslieferungen nach wie vor bestes Kupfer verwandt werde.

Als wesentlichen Punkt behandelte ferner der Vortragende die Aenderung der Konstruktion wichtiger Teile von Maschinen, Apparaten und dergleichen unter Verwendung nur deutscher Stoffe und erinnerte dabei an Beispiele aus der Kriegszeit, von denen sich viele bis heute erhalten haben (z. B. Papierisolation für Transformatoren).

Wachsende Boykottwelle

Der Schlag gegen die Fertigwarenindustrie

Nachdem in der Nazipresse lange Zeit Meldungen über die Wirkungen des Boykotts gegen Hitler-Deutschland unterdrückt worden waren, weil dem deutschen Volke systematisch verheimlicht werden sollte, wie stark das Ausland auch gerade mit dieser wirtschaftlichen Waffe gegen das Naziregime reagiert, tauchen solche Meldungen jetzt wieder häufiger auf. Schließlich läßt sich auf die Dauer nicht verbergen, daß ganze Industriezweige, die als ausgesprochene Exportindustrien anzusprechen waren, schwer unter dem Rückgang ihrer Ausfuhr zu leiden haben und zu Arbeiterentlassungen und Produktionseinschränkungen gezwungen werden, weil der verlorene Auslandsmarkt durch Inlandsaufträge nicht wettgemacht werden kann.

Eine der typischsten Ausfuhrindustrien, die einst die ganze Welt beherrschte, ist die deutsche Spielwarenindustrie. Ihre Produkte waren in der ganzen Welt geschätzt und hätten ihren Ruf durch gediegene Ausführung und Qualität auch gegen das japanische Spielzeug behalten, wenn nicht die japanische Konkurrenz (die äußerst billiges, aber minderwertiges Spielzeug liefert) so empfindlich fühlbar geworden wäre, weil gleichzeitig der Boykott gegen deutsche Waren einsetzte.

Das starke Vordringen der japanischen Waren war erleichtert durch den Boykott der deutschen Produkte!

Bereits im vorigen Jahre hatte die deutsche Spielwarenindustrie enorme Exportverluste; in diesem Jahre führt nach den bisher vorliegenden Zahlen die Abwärtskurve bereits nahe an die Katastrophe.

Maßstab dafür sind die Ausfuhrziffern der Monate Mai, Juni, Juli 1934, die inzwischen vorliegen (bekanntlich wird bereits in diesen Monaten für das Weihnachtsgeschäft exportiert). Es zeigt sich, daß z. B. die Ausfuhr nach Amerika, einem der wichtigsten Absatzmärkte für Spielzeug und Christbaumschmuck, die in den Vergleichsmonaten bereits 1933 gegenüber 1932 um rund 50 Prozent abgenommen hatte, 1934 nochmals eine 50prozentige Verminderung erfahren hat. Man kann also annehmen, daß 1934 kaum noch ein Viertel der Ausfuhr von 1932 erreicht werden wird.

Während im Juli 1932 z. B. rund 5600 dz Spielwaren nach Amerika gingen, waren es 1933 etwas über 2100 dz und 1934 nur noch 570 dz!

Für die ersten sieben Monate zusammengenommen, betragen die Ausfuhrzahlen nach USA: 1932 21.850 dz; 1933 dagegen 11.060 dz und 1934 nur noch 4690 dz!

Seit Hitlers Machtergreifung sind in diesem einen Hauptexportland also über 75 Prozent des Absatzes verlorengegangen.

So muß die „Frankfurter Zeitung“ betrübt feststellen, daß neben Zöllen, japanischer Konkurrenz und Dollarabwertung, die Ursachen für diesen enormen Exportanstieg auch „in dem gerade im amerikanischen Spielwarenhandel teilweise

hartnäckig betriebenen Boykott deutscher Erzeugnisse zu suchen“ seien.

Die Boykottbewegung in USA, gegen deutsche Waren wirkt sich auch in der sächsischen Handschuhindustrie aus, für die bisher der amerikanische Markt zu den besten ausländischen Absatzgebieten zählte. Wie sehr die Handschuhausfuhr nach USA, zurückgegangen ist, geht aus folgenden Zahlen hervor:

Die Ausfuhr deutscher Lederhandschuhe nach Amerika belief sich in den ersten sieben Monaten d. J. auf 467.000 Paar gegen 1.168.000 Paar im gleichen Zeitraum des Vorjahres und 2,5 Millionen Paar in den ersten sieben Monaten 1930. Die Ausfuhr deutscher Stoffhandschuhe nach USA, ist von 4216 dz in den ersten Monaten 1928 auf 2298 dz in den ersten sieben Monaten 1930 zurückgegangen, um dann zunächst bei anhaltender Zunahme bis auf 4458 dz in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres erneut in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres erneut auf 2677 dz abzusinken.

Das Bild, das hier für zwei Industrien aufgezeigt wird, bestätigt sich als Gesamt Tendenz, wenn man die Berichte der deutschen Zeitungen über die Leipziger Herbstmesse verfolgt, die durch Herrn Schachts Eröffnungsrede noch ihre besondere Bedeutung erhielt. Wir halten uns absichtlich wieder an die deutsche Nazipresse selbst, der man getrost unterstellen kann, daß sie sich nach Kräften bemüht, den Eindruck der Messe so günstig wie möglich erscheinen zu lassen. Es wird festgestellt: „Vom Ausland sind 188 Aussteller aus 17 Ländern vertreten... Die Zahl der ausländischen Aussteller ist gegenüber dem Vorjahre um ein Drittel zurückgegangen, damals wurden 273 Aussteller gezählt... Die Zahl der ausländischen Besucher wird auf über 4000 geschätzt; sie betrug im Frühjahr 1932 zirka 15.000.“

Bedarf es noch anderer Beweise, wie das Ausland reagiert? Gibt es in der Welt auch nur ein Beispiel dafür, die Wirtschaftskrise als solche einen derartigen Zusammenbruch irgendwo herbeigeführt hätte? Man braucht es nicht mehr auszusprechen, wie stark die Ablehnung der „Braunen Messe“ Hitler-Deutschlands, unbeschadet der Krisenwirkungen im Handel und Export, zu diesem katastrophalen „Wirtschaftswunder des „dritten Reiches“ beigetragen hat!

Auch in England

Achtzehn reichsdeutsche Firmen, die, wie gemeldet, vor kurzem ihren Sitz nach England verlegt haben, wurden durch die Leitung der jüdischen Boykottbewegung in England gleichfalls dem Boykott unterworfen. In der Begründung zu diesem Beschluß erklärt das von der Organisation herausgegebene „Boycott Bulletin“, daß diese Firmen die Hälfte ihres Rohstoffbedarfes in Deutschland deckten und folglich den Boykottbestimmungen unterlägen.

14 Milliarden Reichsschulden

In einem größeren Artikel über „Deutsche Wirtschaftsprobleme“ schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ u. a. folgendes:

Es verdient Beachtung, daß sich allein die „sichtbare“ Reichsschuld seit zwei Jahren um 1,5 Milliarden RM. und seit einem Jahr um rund 800 Millionen auf 14 Milliarden RM. vermehrt hat. Wenn nicht die Auslandsschulden des Reichs jetzt, im Gegensatz zum Vorjahre, zum Tageskurs der entwerteten Auslandswährungen berechnet werden würden, würde die Zunahme in diesen zwei Jahren sogar 2,5 Milliarden RM. betragen haben, in welchem Ausmaße die Inlandsschuld gestiegen ist, abgesehen von den in diesen Ziffern teilweise noch nicht enthaltenen Vorbelastungen der Zukunft.

Der Index der Lebenshaltungskosten ist zwar in den letzten zwölf Monaten nur um 4,1 Prozent gestiegen, der Großhandelsindex aber bereits um 6 Prozent, wogegen in sämtlichen anderen Ländern ein mehr oder minder starker Rückgang der Indexziffern, auf Gold berechnet, festzustellen ist.

Findet diese Preisentwicklung jetzt noch einen weiteren Auftrieb durch die hier angedeuteten monetären Zusammenhänge, als Folge der Agrarpolitik oder als Folge der mit erhöhten Kosten verbundenen Umstellung auf die inländische Rohstoffherzeugung, so dürfte es kaum möglich sein, eine ausreichende Ausfuhr zur Sicherstellung der benötigten Rohstoffimporte zu erzielen.

Preissteigerung für ausländische Waren

Das NDB. verbreitet folgende Meldung:

Die Rohstoff- und Devisenlage hat dazu geführt, daß ausländische Waren im inländischen Geschäftsverkehr vielfach zu Preisen gehandelt werden, die über Weltmarktpreise liegen. In einigen Fällen ist sogar bereits beim Einkauf von Waren im Ausland ein Preis gezahlt worden, der die Weltmarktpreise übersteigt, offenbar in der irrtümlichen Meinung, daß es allein darauf ankomme, dem Inlandmarkt Waren zuzuführen, gleichgültig zu welchen Preisen. Um dies zu verhindern, hat der Reichswirtschaftsminister eine Verordnung über Preise von ausländischen Waren erlassen.

Eine neue Verordnung verbietet, für ausländische Waren, die der Reichswirtschaftsminister durch Bekanntmachung im „Deutschen Reichsanzeiger“ jeweils bezeichnet, im inländischen Geschäftsverkehr einen höheren Preis zu fordern oder sich oder einem andern versprechen oder gewähren zu lassen, als den zur Zeit des inländischen Angebots oder Verkaufs auf den ausländischen Märkten allgemein gültigen Marktpreis für Waren gleicher Art und Güte, zuzüglich der handelsüblichen Kosten und des handelsüblichen Gewinns. Vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmung werden unter schwere Strafe gestellt.

Frankreichs Außenhandel

Die französischen Außenhandelszahlen für die ersten acht Monate dieses Jahres zeigen eine Schrumpfung des Gesamtvolumens um 3,8 Milliarden auf 27,5 Milliarden franz. Fr., die überwiegend durch die Einfuhrverringerung (— 3460 Millionen) verursacht wurde. Im Vergleich zum Import nahm der Export nur einen geringen Anteil an diesem Schrumpfungsvorgang; er ging nur um drei Prozent zurück. Ein ungünstiges Symptom stellt allerdings die Tatsache dar, daß die Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zugenommen hat, während der Export von Fertigerzeugnissen (— 10 Prozent) allein die Kosten dieser Verringerung trägt. Eine Analyse der Gewichtszahlen läßt erkennen, daß auf der Einfuhrseite infolge der Uebereinstimmung der Wert- und Gewichtszahlen die Preisverhältnisse ziemlich stabil geblieben sind. Für größere Anstrengungen der französischen Exportindustrien auf dem Wege der Preisanzpassung spricht der Umstand, daß das Exportvolumen mengenmäßig um 11 Prozent gestiegen ist und daß die Ausfuhr von Fertigerzeugnissen im Gegensatz zur Senkung des Werteloses eine Erhöhung um 13,5 Prozent erfahren hat.

Bemerkenswert ist es, daß im August die Ausfuhr neuerdings eine steigende Tendenz aufweist. Sie ist von 1351 Millionen Fr. im Juli auf 1391 Mill. Fr. im August gestiegen.

Ein neuer Industriegigant in Rußland

Eine amtliche Verfügung des Volkskommissariats für die Schwerindustrie gibt bekannt, daß die ersten dreizehn Werkstätten des neuen Maschinenbauunternehmens Kramatorsk ihre Produktion aufgenommen haben. Damit ist ein neuer Industriegigant in Betrieb gesetzt worden, der wesentlich zur weiteren Industrialisierung der Sowjetrepublik beitragen wird.

Das neue Werk, dem ein Hüttenwerk angegliedert ist, wird in erster Linie Ausrüstungsmaterial für die Schwerindustrie, insbesondere für die Hüttenindustrie und den Kohlenbergbau, liefern. Nach den sowjetrussischen Angaben ist die Kapazität des neuerrichteten Werkes, das im Donezgebiet liegt, mächtiger als die der Borsig- und Krupp-Werke in Deutschland. Die einzelnen Werkstätten sollen ihrem Umfang nach weit größer sein, als die entsprechenden Werkstätten in den bedeutendsten westeuropäischen Maschinenbau- und Hüttenwerken. Die Größe des Betriebes kann man daran ermesnen, daß im Jahre 1935 sein Bedarf an Roheisen auf 100.000, an Gußeisen auf 30.000 und an Walzwerkserzeugnissen auf 20.000 Tonnen berechnet wird.

Die gesamte Sowjetpresse feiert die Inbetriebsetzung von Kramatorsk, das ein neues Wahrzeichen der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion darstellt.

Was hätte er mitbringen sollen?

Die Reise-Andenken eines französischen Kaufmanns

„Auf der Reise durch Deutschland blieb ich einige Tage in Berlin, bei Freunden, guten Freunden —“, erzählt ein französischer Kaufmann — „ja, wie kann ich Ihnen erklären, wieso und warum ich in Berlin in diesen Saal kam — ja, also, ich lachte über den „Wig“, als mir die deutschen Freunde von Juden erzählten, die sich der Hakenkreuzfahne angeschlossen haben, Hitler als ihren Führer anbeten. Die Greuelwahrheiten, die Gesetze gegen die Juden, die Morde? Ich fragte. Meine Freunde antworteten, indem sie mich in eine Versammlung der Berliner Nazi-Juden führten. Hier, hier, lesen Sie das, das drückte man mir vor der Saaltüre in die Hand, das habe ich Ihnen mitgebracht!“

Der Franzose reichte mir ein Blatt:

Bundeslied

des

Verbandes nationaldeutscher Juden

(Zu singen nach dem im Jahre 1883 geschriebenen Deutschen Flaggenlied des jüdischen Deutschen Robert Linderer „Stolz weht die Flagge Schwarz-Weiß-Rot“, vertont von Richard Thiele.)

Wir geh'n den Weg der deutschen Pflicht,
Ob man auch höhnt und schilt.
Wir bleiben deutsch und fragen nicht.
Nur unser Herz, das gilt.
Wen deutscher Wille ganz durchglüht,
Der ist auch Deutschlands Kind.
Uns schrieh Gott selbst es ins Gemüt,
Wo wir zu Hause sind.
Hart mag und heiß das Kämpfen sein
Mit Haß und Unverstand. —
Wir sind auf Tod und Leben dein,
Du deutsches Vaterland!

Wer deutsches Kämpfen recht versteht,
Der schaut nicht links noch rechts,
Weil's um die deutsche Zukunft geht.
Des deutschen Junggeschlechts.
Wir woll'n ein Deutschland hell und weit
In Freiheit und in Kraft,
Und wollen wissen, wenn's gedeiht:
Wir haben mit geschafft!
(Kehreim wie oben.)

„Er keine Antwort erhält, glaubt sich der Franzose zu müssen: „Ich mußte lachen. Ein Herr Naumann sprach, erklärte, daß Hitler Deutschland gerettet habe, daß die nationalsozialistische Weltanschauung auch die der deutschen Juden sei. Die deutschen Juden können glücklich sein, daß Hitler gegen laundfremde Juden vorgehe. Deutsche Juden seien Hitler dankbar — das sagte Herr Naumann den deutschen Juden. Und es waren nicht nur reiche Juden im Saal. Uebrigens hatte ich noch eine Freude: nach Schluß des Referats und der gausig-kömischen Diskussion wurde dieses Lied gesungen, dieses „Bundeslied“ — Sie hätten sehen müssen, mit welchem Ernst diese Reime herausgeschrien wurden — als wollten die Nazi-Juden ihre Furcht überschreiben, ihre Furcht vor dem Verlieren ihres Geldes, ihrer Häuser, ihrer Geschäfte. Als „Deutschland über alles“ mit erhobenem Arm à la Hitler gesungen werden sollte, wollte ich den Saal verlassen; ungefähr zwanzig von diesen

500 Versammelten wollten sich mir anschließen. Was geschah nun — was glauben Sie?“

„Man drohte Ihnen, wollte Sie verprügeln.“
„Vielleicht. Jedenfalls schrie Herr Naumann, als man mich umringte: Saaltüren zu! Worauf meine Freunde und ich laut protestierten. Herr Naumann erklärte jetzt: Wer nicht mit uns fühlt und nicht mit dem deutschen Gruß grüßt — und so weiter. Zwanzig Menschen verließen den Saal. Wieder auf der Straße, verabschiedete ich mich von meinen Freunden. Eilte ins Hotel, um sofort eine telefonische Verbindung mit Paris anzumelden. Der deutsche Irrsinn muß mich angesteckt haben, denn man verstand mich am Telefon nicht, ich schien meine Frau sehr beunruhigt zu haben — sie antwortete: Was ist denn geschelen? Wie? Was hast Du denn? Wir erwarten Dich mit dem nächsten Zug! Ich blieb nur noch zwei Tage in Deutschland. Immer und immer wieder wird in Deutschland über das Saar-Plebiszit als „die große Hoffnung“ gesprochen. — an der Saar Deutsche gibt, die zu Hitler „heim“ wollen, ist mir ebenso unverständlich wie die Tatsache, daß es deutsche Juden gibt, die Hitler anbeten.“

„Die Furcht vor dem Terror —“
Der Franzose lächelte: „Als ich in Deutschland war, fand ich eine ähnliche Entgegnung natürlich, selbstverständlich, heute, hier in Paris, empfinde ich sie nicht mehr natürlich, nicht selbstverständlich: so ansteckend ist die Furcht vor dem Terror in Deutschland — — Meiner Frau habe ich übrigens, der Kuriosität halber, einen Meter Ersatzstoff mitgebracht, Ihnen diesen jüdischen Ersatz-Nationalsozialismus in der Form von Versen. Auch meine Frau war über mein Geschenk nicht erfreut. Was hätte ich aus dem Land des Ersatzes mitbringen sollen? Eine Flugzeughombe oder echtes Giftgas in der Phiole? Nur die Kriegsindustrie arbeitet ohne Ersatzstoffe — ach, ja, ich hätte meiner Frau einen Ersatz-Gold-Ehering mitbringen sollen — Sie hörten schon von dieser neuen Verordnung? Ersatz-Eheringe — Goldersparnis — — nein, einen Ersatz-Ehering hätte ich meiner Frau auch nicht aus Deutschland mitbringen dürfen, nein, wirklich nicht — —“

Junggeselle Hans Albers

Wo ist Hansi Burg?

Hans Burg, die jüdische Frau des deutschen Filmschauspielers Hans Albers, soll dadurch aus der Welt geschafft werden, daß ihre Existenz gelugnet wird. Es wird in der deutschen Presse mitgeteilt:

„Entgegen verschiedentlich in Umlauf gesetzten Gerüchten, wonach Hans Albers verheiratet sein soll, legt die Bavaria-Film-AG, München Wert auf die Feststellung, daß dies nicht zutrifft. Hans Albers ist unverheiratet.“
Tatsache ist, daß Hans Albers vor einiger Zeit aufgefordert wurde, sein Verhältnis mit der jüdischen Schauspielerin Hansi Burg zu lösen. Tatsache ist, daß er dieser Aufforderung nachkam, indem er die Frau heiratete. Was ist inzwischen geschehen? Hat er sich scheiden lassen oder mußte er sich bereit erklären, im Interesse der gähnend leeren deutschen Filmkassen der Presse gegenüber die Rolle des Junggesellen zu spielen?

Nachher

Vorüber sind nun die Paraden,
Die Festdrommeten Nürnbergs;
Verrauscht der Lärm der Wortkaskaden;
Es zieht nur dünne Nebelschwaden
Des abgebrannten Feuerwerks.

Der Alltag tritt in seine Rechte,
Die Illusion stirbt Stück um Stück.
Ein teurer Spaß, für den man bleedete!
Man sah die Herrn. Das Heer der Knechte
Ins graue Elend kehrt zurück.

Die letzten Sommertage schwinden,
Die Wintersnot schleicht sucht heran:
„Was wird aus uns?“ — „Das wird sich finden!“
Man wird den Riemen enger binden
Und immer enger — und was dann?

Man kämpft um Eier, Margarine,
Das nennt sich Sieg der Arbeitsschlacht!
Man gibt für Luftfahrt, Heer, Marine,
Und wehe, wer nicht gute Miene
Zu jedem bösen Spiele macht!

Das Fett verschwindet aus der Seife,
Die Wolle aus Jakett und Strumpf.
Doch Hitler will, daß man begreife,
Daß dieses Schacht den Rücken steife,
Und Autarkie bleibt weiter Trumpf.

So mancher macht jetzt große Augen,
Der dreiunddreißig frech gelacht:
„Daß sie so gar nichts würden taugen,
Und wir gar Hungerploten saugen, —
Wer hätte damals das gedacht?“

So ächzen jammernd sie wie Kinder,
Die sich im dunkeln Wald verirrt.
Der Bonze fährt im Sechszylinder;
Sie aber denken an den Winter,
Und ob es einmal Frühling wird?

Muckl.

Die Büchergilde Gutenberg als Kulturfreund

Am 29. August bestand die Büchergilde Gutenberg zehn Jahre. Sie hat sich während dieser Zeit Tausende von Freunden erworben. Die Anerkennung, die sie überall findet, faßt der französische Arzt und Schriftsteller Georges Duhamel in folgenden Sätzen zusammen: „Die Büchergilde Gutenberg hat bewundernswürdige Arbeit geleistet: in einem großen Arbeiterpublikum die Lust zum Lesen geweckt und dazu die Flamme einer edlen menschlichen, oder besser einer allumfassenden Kultur belebt. Ich bewundere außerdem den gepflegten Geschmack, mit dem dieser gute Verlag die Ausstattung seiner Werke besorgt.“

Die Büchergildenzeitschrift enthält in ihrem Septemberheft Wertüberlegungen von Heinrich Mann, Upton Sinclair, B. Traven, Hans Polvsen, Jakob Bührer, Fritz Rosenfeld, Albert Viksten u. a. Das reich illustrierte Heft macht einen sauberen Eindruck. Die Zeitschrift wird den Mitgliedern der Büchergilde Gutenberg kostenlos zugestellt.

Anmeldungen sind zu senden an die Büchergilde Gutenberg, Saarbrücken I, Petersbergstraße 94, II. Eintrittsgeld 2,50 Fr., Monatsbeitrag 6 Fr., Vierteljahrsbeitrag 17 Fr.

Der Weg des Michael Lechner

Von Peter Bitter

Der Holzschlag, in dem der Lechner Michel mit einigen anderen Holzschlägern arbeitete, befand sich ziemlich hoch oben auf einem jener salzburgischen Berge, die nahe der reichsdeutschen Grenze liegen. Jedesmal, wenn dem Michel ein freier Augenblick gegönnt war, sandte er einen sehnsüchtigen Blick ins „dritte Reich“. Er, der nie einen Tag bei der Arbeit fehlte, war plötzlich mit irgendeiner Ausrede am 24. Juli zu Tal gestiegen, in feierhafter Erregung an den zur Sammlung bestimmten Ort geeilt und wartete dort mit stlichen fünfzig Mann auf das Zeichen zum Losschlagen. Wohlwollend hatte der Forstadjunkt, der die Arbeiter im Schlag beaufsichtigte, seine Zustimmung zu diesem Urlaub gegeben. Er selbst jedoch blieb oben, um, falls die Sache schief gehen sollte, ein Alibi zu haben. Dem Michel aber redete er ein, daß endlich der Tag der Machtergreifung gekommen sei. Das Volk würde sich den nationalsozialistischen Revolutionären anschließen, die österreichische Legion sei marschbereit und Deutschlands Unterstützung sei man sicher. Also nahm der Michel ein Gewehr in Empfang, Patronen, einen Stahlhelm, hörte die anfeuernde Rede des SA-Führers und wartete mit den Gesinnungsgenossen in einem Heustadel nahe der Stadt auf den nächsten Tag, den Tag der Erhebung. Die Stadt selbst lag in friedlichem Schlummer und die Bevölkerung hatte keine Ahnung, daß in den nächsten vierundzwanzig Stunden ein Systemwechsel stattfinden sollte. Die Einwohnerschaft konnte man politisch in drei Gruppen einteilen: Die größte Gruppe: Geschäftsleute, Angestellte der Aemter, die Gewerbetreibenden und die von ihnen abhängigen Arbeiter waren Nationalsozialisten, dann kam der „heimatentreue“ Teil der Bevölkerung und schließlich die „Marxisten“, deren Parteien ebenfalls verboten waren.

Als am 25. Juli mittags der Kurier mit der Nachricht kam, daß soeben im Radio der Rücktritt der Regierung verkündet wurde, marschierte die Truppe, mit Hakenkreuzbinden am Arme, in der Stadt ein. Um es vorweg zu sagen: Sie kam nicht weit. Die Geschäftsleute hatten weder Hakenkreuzfahnen gehißt, noch empfing sie die national gesinnte Bevölkerung mit Jubel. Und der Michel staunte, daß jetzt, wo es endlich langsam, plötzlich die sich so hakenkreuzlerisch gehärdenden Bürger in den Häusern verschwanden, die Fenster schlossen und die Rolläden der Geschäfte herunterließen, um in Sicherheit das Ende des Kampfes mit der Exekutive abzuwarten. Denn die bewaffnete Staatsmacht

kam soeben im Laufschrift, nahm einige der in den ersten Reihen Marschierenden gefangen, während die anderen panikartig auseinanderstoben. Zum Glück befand sich der Michel etwas weiter hinten. Er warf das Schießisen weg und verschwand im nahen Wald. Enttäuscht stieg er den Berg hinauf, um dem Adjunkten Bericht zu erstatten. Der hatte es plötzlich eilig, verzichtete auf sein Alibi und nahm den Weg in der Richtung zur deutschen Grenze. Soweit wäre an und für sich die Geschichte eine ziemlich gewöhnliche gewesen — wenn sich die Mitarbeiter Michels nicht nach dem mißglückten Putsch seiner angenommen hätten. Die Mitarbeiter waren „Rote“, Marxisten. Mit dem Michel vertrugen sie sich ganz gut, die Illegalität ihrer Parteien einte sie bis zu einem gewissen Grade. Sie wußten, daß Michel, der an und für sich ein guter Prolet war (was man ihm nicht sagen durfte, denn bei den Nazis gab es keine Proleten, sondern nur Volksgenossen), bloß den Phrasen der Braunhemden aufgesessen war und erst durch eigene Erfahrung von dieser Anschauung geheilt werden konnte. Nun war der Zeitpunkt da. Die Naziauführer, durchweg Arbeiter, auch einige Angestellte und Soldaten, wurden massenweise gehängt und zu Dutzenden auf Jahrzehnte in den Kerker geschickt — die Drahtzieher des Putsches aber saßen in Sicherheit im „dritten Reich“, oder waren unter Mitnahme der Parteikassen sonstwohin geflohen. Die Persönlichkeiten wie Rintelen, Steinhäusl und Bachinger wurden zwar verhaftet, aber nicht vors Militärtribunal gestellt, um dem Henker überantwortet zu werden.

„Siehst du den Unterschied.“ pflegte der Partieführer Jock zum Michel zu sagen. „mit den verführten armen Teufeln macht man kurzen Prozeß, aber die feinen Leute bleiben auch bei so etwas die feinen Leute. Und wer ging mit bei der ganzen Sache? Etwa die Spielbürger, die Stammtischpolitiker und all die Helden, die nach dem „dritten Reich“ schielen . . . ? Ihr Proleten (dem Michel gabs einen RIB — aber er schwieg) habt im Interesse der Sache Bombe gelegt, Masten und Eisenbahnbrücken gesprengt und glaubtet, durch einen Putsch die Macht zu erobern. Wäre es gelungen, dann freilich würden sich all die Spielbürger heute in die Brust werfen und mit ihrer Gesinnung prahlen, würden Nazifahren hissen und die Parteibücher hervorholen. Es ging aber daneben, daher heißt der Bürger seelenruhig die Heimwehrfahne, trauert um Dollfuß und hat von der nationalen Revolution die Nase voll. Ihr hättet bloß für die anderen die Kastanien aus dem Feuer holen sollen.“

Die Arbeiter saßen in der Unterkunftshütte und unter ihren Argumenten sackte der Michel zusammen.

„Mit Sprengstoff und individuellem Terror kann man nicht gegen den wohlorganisierten Staatsapparat kämpfen, sondern mit Massentreik, Massenterror und schließlich mit dem bewaffneten Aufstand. Da muß man aber wissen, ob das Volk mitgeht. Und vorher muß man um die Massen werben, ihnen den richtigen Weg zeigen.“

Bei dem Worte Sprengstoff war der Michel zusammengesackt. Er erinnerte sich der Sprengbüchsen, die er daheim im Tale versteckt hatte. Der Michel war verheiratet und wie alle Holzschläger wochenlang von zu Hause weg. Wie wenn man ihn beim Einmarsch in die Stadt erkannt hatte und Hausdurchsuchung bei ihm war. Aber da müßte die Gendarmerie schon hier gewesen sein, denn es war ja bekannt, daß er hier arbeitete. Diesmal brauchte er nicht den Adjunkten um Urlaub ersuchen, als er ins Tal stieg — der war verschwunden und mit ihm die Löhne der Arbeiter, die er hätte auszahlen sollen.

Vorsichtshalber ging der Michel nachts ins Dorf, und ohne daß es seine Frau wußte, packte er die Dinger ein, die er mitgenommen hätte, um einen großen Teil der Stadt in die Luft fliegen zu lassen. Mit der gefährlichen Last am Rücken stieg er bergauf. Auf einem Abhang stand eine Heuhütte, dort blieb er über Nacht — aber im Morgenrauen stapfte er weiter, immer höher hinauf. Die Sonne ging auf, als er den Almen erreichte, zwar im Schweiß gebadet, aber trotz der drückenden Last erleichtert. Die Sennerin und der Hüterhub sahen verwundert auf den frühen Wanderer, luden ihn zum Frühstück ein — er aber lehnte ab und eilte weiter, immer höher und höher. Der Weg war kein Weg mehr, er mußte verteuft aufpassen, um nicht über eine der Latschen zu stolpern. Geröll bedeckte den felsigen Boden. Die zerhackten Spitzen des Berges waren greifbar nahe und doch noch so weit. Die Sonne stand schon ziemlich hoch, als der Michel endlich oben angelangt war und die Schluchten mit den Augen absuchte. Und in die tiefste schleuderte er die Sprengbüchsen — auf dem Bauche liegend, um nicht dem Luftdruck ausgesetzt zu sein. Mit furchtbarem Getöse explodierten die Sprengkörper, es schien, als wollten sie den Berg zerreißen, der Donner echote minutenlang in der Runde.

Dann wandte sich der Michel zum Gehen. Ihm war so leicht zumute, es schien ihm, als habe er mit dem Dynamit all das Alte, das ihn bisher beherrschte, abgeworfen . . .

Nachmittags kam er zur Arbeitstelle, niemand fragte ihn, wo er war. Er aber drückte den Arbeitskollegen die schweligen Hände und sagte einfach: „Ich werde nicht der einzige sein, der nunmehr zu euch kommt!“

So war es in Versailles . . . Von Victor Schiff

Im Jahre 1929 erschien im J. H. W. Dietz-Verlag in Berlin das Buch des damaligen „Vorwärts“-Redakteurs Victor Schiff: „So war es in Versailles . . .“ Victor Schiff war als Vertreter des „Vorwärts“ in den kritischen Wochen in Versailles und hat den Kampf um die „Bedingungen“ miterlebt. Er hat den Menschen nahegestanden, die damals auf deutscher Seite die schwere Bürde der Verantwortung übernehmen mußten, und endlich die politischen Zusammenhänge als vortrefflicher Kenner des Auslandes tiefer als andere gesehen. Heute, wo der Kampf um Versailles durch das „dritte Reich“ eine neue Epoche erlebt, sind Schiffs Erlebnisse und Beobachtungen noch genau so aktuell wie vor Jahren. Allzuvielen ist auch vergessen worden — von dem, was damals in Versailles war.

Wir drucken einige Kapitel aus dem Buche Schiffs ab. Im gleichen Jahre 1929 erlebte es noch die zweite Auflage. Es enthält einige Abschnitte, die von Hermann Müller, Otto Landsberg und Friedrich Stampfer verfaßt wurden.

Ueber Belgien nach Frankreich — Begegnung mit deutschen Kriegsgefangenen — Furchtbare Eindrücke von der „roten Zone“ — Mißhandlung von Gefangenen — Ankunft in Versailles — Abriegelung von der Außenwelt — Die Hauptdelegierten treffen ein

Um die deutsche Delegation, die insgesamt etwa 180 Köpfe stark war, nach Versailles zu befördern, waren nicht weniger als drei Sonderzüge erforderlich. Man mag über diesen Aufwand staunen und ihn für übertrieben halten. In diesem bestimmten Falle war aber die Entsendung einer zahlenmäßig sehr starken Delegation insofern berechtigt, als man nach der letzten Antwort der Alliierten aus Spa schließen durfte, daß es sich in Versailles nicht nur um die bloße Entgegennahme eines Diktates, sondern um regelrechte mündliche Verhandlungen handeln würde. Unter dieser Voraussetzung, die eigentlich nach allen bisherigen diplomatischen Sitten etwas Selbstverständliches gewesen wäre, war die Zahl der nach Versailles entsandten Hauptdelegierten, Diplomaten, Sachverständigen, Sekretäre, Uebersetzer, Schreib- und Bürokräfte keineswegs zu hoch bemessen. Man mußte mit der Bildung zahlreicher Unterausschüsse der Friedenskonferenz für politische, finanzielle, wirtschaftliche, militärische, soziale und sonstige Fragen rechnen und es war eher an eine spätere Ergänzung als an eine Verringerung der Delegation gedacht. Uebrigens ist in diese Zahl von 180 Köpfen eine Schar von etwa 20 Pressevertretern eingerechnet, die in die Delegation schon deshalb gewissermaßen eingegliedert wurde, weil bei dem noch formell andauernden Kriegszustand auch den deutschen Journalisten eine Art diplomatische Immunität gesichert werden mußte.

Nachdem unter Führung des Freiherrn von Lersner eine kleine Quartiermachergruppe vorausgefahren war, verließ die erste Gruppe, bestehend hauptsächlich aus den Beamten des Auswärtigen Amtes, den Mitarbeitern von Hauptdelegierten und einigen Presseberichterstattern, den Potsdamer Bahnhof am 26. April nachmittags. Die beiden weiteren Züge mit den Hauptdelegierten, den Sachverständigen und den übrigen Journalisten fuhren erst am nächsten Tage ab. Ich gehörte der Gruppe an, die in dem ersten Sonderzug Berlin verließ.

Als wir am nächsten Morgen erwachten, lag Deutschland bereits hinter uns. Wir waren in Belgien, in „Feindesland“. Zwischen Aachen und Lüttich wurden die ersten Spuren des Krieges sichtbar. Auch chronologisch waren es die „ersten“, nämlich die ältesten: einige schon wenige Stunden nach der Eröffnung der Feindseligkeiten im August 1914 zerschossene Häuser und Schlösser. Eine dieser Brandruinen, ein herrliches Schloß wenige Kilometer hinter der deutschen Grenze, wunderschön auf einem bewaldeten Hügel gelegen, nahe der Bahnstrecke und weithin sichtbar, grinst noch heute, nach 10 Jahren, den Reisenden an, der nach Belgien und Frankreich fährt. Offenbar wird gerade dieses Schloß absichtlich nicht wieder aufgebaut, um gleich an der Schwelle des Reiches die Deutschen und sonstigen Reisenden an den Völkerrechtsbruch vom 4. August 1914 eindringlich zu erinnern.

Noch vor Lüttich hatten wir einen überraschenden Anblick: während der Zug in Pepinster hielt, erschienen einige deutsche Soldaten in sauberer feldgrauer Uniform, mit Dienstmütze und Lederkoppel, und sprachen ungehindert mit den deutschen Reisenden. Dabei wußten wir, daß wir die letzten noch von deutschem Militär besetzten Gegenden schon in der vergangenen Nacht bei Düsseldorf verlassen hatten und daß seitdem feldgraue Uniform nur noch von deutschen Kriegsgefangenen getragen werden konnte. Daß dies aber keine Kriegsgefangenen waren, erkannte man auf den ersten Blick. Bald hatten wir die Lösung des Rätsels: Pepinster ist die Zweigstation für die kurze Strecke nach Spa. Dort, am Sitz der Waffenstillstandskommission, waren noch einige hundert deutsche Offiziere und Soldaten tätig, die sich mitten in Feindesland frei bewegen durften, natürlich nur in der nächsten Umgebung von Spa.

In Lüttich sollten wir den ersten deutschen Kriegsgefangenen begegnen. Unsere Herzen krampften sich bei diesem Anblick und bei dem Gedanken an die 800 000 Deutschen zusammen, die noch ein halbes Jahr nach Kriegsende und längst, nachdem der letzte Kriegsgefangene aus den alliierten Heeren wieder heimbefördert worden war, noch immer als Geiseln betrachtet und bei Fronarbeit zurückgehalten wurden. Daß es noch ein volles Jahr nach der Unterzeichnung des Friedens dauern würde, bis sich Frankreich bequemen würde, seine letzten Geiseln herauszugeben, ahnten wir damals freilich nicht. Für uns, die wir im Besitze diplomatischer Pässe waren und als solche jederzeit in die Heimat zurückfahren konnten, war jedenfalls die erste Begegnung mit diesen Opfern des Krieges ergreifend. Sie hatten immerhin den Krieg lebend überstanden und waren darin glücklicher als zwei Millionen ihrer Kameraden — und doch dauerte für sie der Krieg noch fort.

Die ersten Gefangenen, die wir erblickten, standen auf dem Bahnsteig von Lüttich und legten. Sie sahen nicht schlecht genährt aus, aber zerlumpt. Wer weiß, seit wieviel Jahren sie den gleichen feldgrauen Rock trugen und was sie alles im Schützengraben und in der Gefangenschaft mit der gleichen Montur durchgemacht hatten! Sie blickten zunächst erstaunt, sodann mit einem müden Lächeln auf unsere deutschen Schlafwagen herauf und schienen nicht zu begreifen. Die Fahrt durch das Maastal führte uns zunächst durch

Gauc, die vom Krieg nicht viel verspürt hatten, weil die Kampfhandlungen dort sehr weit zurücklagen und nur kurz gewesen waren. Erst bei Huy sah man die ersten zerschossenen Dörfer. Um so schlimmer war der Anblick von Namur, wo einem recht zweifelhaften Franktireur-Verdacht zahlreiche Häuser dicht am Bahnhof zum Opfer gefallen waren. Weiter ging die Fahrt durch das industriereiche Tal der Sambre, an den zahlreichen Bergwerkshügeln und Hochöfen von Charleroi vorbei, der französischen Grenze entgegen.

Um die Mittagszeit war der Grenzbahnhof Erquelines erreicht. Und kaum waren wir auf französischem Boden, da veränderte sich das Bild vollkommen. Bot Belgien, von den wenigen geschilderten Ausnahmen abgesehen, ein Bild des Friedens, der Arbeit, des normalen Lebens, so begann dicht hinter der französischen Grenze ein grauenhaft fantastischer Film sich vor unseren Augen abzurollen. Maubeuge selbst und die nächste Umgebung waren noch verhältnismäßig unversehrt. Nur der Bahnhof glich einem Trümmerhaufen — offenbar war er jahrelang das gut getroffene Ziel französischer Bombenflüge gewesen, die die deutschen Truppenbewegungen an diesem wichtigen Knotenpunkt zu stören beauftragt waren.

Jetzt verlangsamte sich das Tempo der Fahrt in auffälliger Weise. Mit jedem weiteren Kilometer steigerte sich das Bild der Verwüstung. Bei Le Cateau, wo im September 1918 der letzte große Durchbruch erfolgt war, der im Großen deutschen Hauptquartier jene Panik erzeugt hatte, die sich in flehentlichen Bitten nach Berlin äußerte, sofort eine „verhandlungsfähige Regierung“ zu bilden, waren die Spuren des Kampfes deutlich sichtbar. Von diesem Augenblick an fuhr der Zug in einem Durchschnittstempo von höchstens 15 Kilometer in der Stunde und hielt minutenlang an jeder kleinen und kleinsten Station. Gewiß, die Eisenbahnstrecke war noch nicht wieder in idealem Zustand; manche beim deutschen Rückzug gesprengte Eisenbahnbrücke war nur notdürftig repariert und konnte daher nicht mit normaler Schnellzugsgeschwindigkeit befahren werden; an dem Unterbau wurde emsig gearbeitet, teils von Annamiten, teils von deutschen Kriegsgefangenen. Aber dieses Schneckentempo war offenkundig angeordnet und man verfolgte damit eine bestimmte Absicht. (Beweis: in den folgenden Wochen bin ich mehrfach über die gleiche Strecke in beiden Richtungen gefahren und konnte mich davon überzeugen, daß sonst beinahe die Friedensgeschwindigkeit eingehalten wurde!)

Die Absicht der Franzosen war, den deutschen Friedensdelegierten stundenlang die Zerstörungen vor Augen zu führen, die der Krieg in Nordfrankreich angerichtet hatte. Man muß gestehen, daß diese Idee von feinem psychologischen Verständnis zeugte. Denn nur gefühllose, rohe Menschen konnten bei diesem Anblick gleichgültig bleiben. Und tatsächlich waren wir alle tieferschütterter, obwohl — oder gerade — weil wir die Absicht merkten. Wir sagten uns wohl, daß diese Zerstörungen zum allergrößten Teil eine unvermeidliche Begleiterscheinung des modernen Artilleriekrieges seien; wir wußten, daß sie mindestens ebenso sehr von französischen und englischen Geschützen wie von deutschen angerichtet worden waren.

Diese Bummelfahrt durch die „rote Zone“ sollte gewissermaßen die psychologische Vorbereitung auf die uns bevorstehenden Friedensbedingungen sein. Wir sollten auf die Bühlerolle gedrillt werden, die man uns zugeordnet hatte. Man wollte den Haß im Voraus begründen, der uns in Versailles umgeben würde.

Stichproben dieses Hasses sollten wir schon während dieses Teiles der Fahrt erleben. Es fällt mir nicht leicht, sie zu schildern, denn es wäre wohl das Beste, wenn man gewisse Dinge vergessen könnte. Aber es gibt eben Erlebnisse, die man nicht vergessen kann. Es kommt allein darauf an, welche Schlußfolgerungen man daraus zieht. Und ich hoffe, daß niemand bei der Lektüre der folgenden Zeilen etwas anderes empfinden wird als einen Abscheu vor dem Krieg überhaupt, der manche Menschen in halberfüllte Tiere verwandelt.

Je tiefer wir in dieses Gebiet des Grauens und der Verwüstung eindrangen, desto häufiger und zahlreicher sahen wir deutsche Kriegsgefangene, die unter militärischer Bewachung mit schweren Aufräumungsarbeiten beschäftigt waren. Der Jubel dieser armen Teufel, als sie unseren deutschen Zug erblickten, war unbeschreiblich. Wir waren ihnen in dieser Einöde nicht nur ein erster lebendiger Gruß aus der Heimat, von der sie zum Teil seit Jahren gewaltsam getrennt waren, wir kamen ihnen auch wie die Boten einer — wie man annehmen durfte — baldigen Befreiung vor. Sie schwenkten ihre runden, schmutzigen, vergilbten Mützen, wir winkten ihnen herzlich zurück. Sie riefen uns zu: „Bringt uns bald den Frieden!“ Noch häufiger war aber der Ruf: „Zeitungen! Zeitungen!“ Und alles, was wir an zufällig bei der Abreise als Reiselektüre mitgenommenen Blättern bei uns hatten, wanderte durch die Fenster und sie stürzten sich lachend und dankend, auch unter sich etwas raufend, darauf, wie eine Schar kleiner Kinder, denen man ein paar Kupfermünzen zuwirft. Auch etwas Obst war noch in unserem Besitz, Äpfel und Apfelsinen wurden an die Gefangenen, auf deren Begegnung wir natürlich keineswegs vorbereitet waren, verteilt, wenigstens solange unser Vorrat reichte, und das dauerte leider nicht allzu lange.

Aber in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit sollten wir mit eigenen Augen manche sehr häßliche und zum Glück aber auch manche sehr hübsche Szene erleben. Es war an einem kleinen zusammengeschossenen Bahnhof, ich glaube Le Cateau, wo unser Zug längere Zeit hielt. Deutsche Kriegsgefangene, die zunächst in einiger Entfernung unseres Gleises arbeiteten, näherten sich zögernd und furchtsam. Schließlich waren sie soweit herangekommen, daß man ihnen etwas zuwerfen konnte. Eine junge Sekretärin des Auswärtigen Amtes hatte aber eine Apfelsine nicht weit genug geschleudert, sie lag auf einem Nebengleis. Ein älterer Gefangener näherte sich schüchtern dem für ihn kostbaren Geschenk. Ein Bahnbeamter der Nordbahngesellschaft stand daneben und beobachtete mit verbissenen Lippen den Vorgang. Kurz bevor der Gefangene die Stelle erreicht hatte, kam er mit großen Schritten dazwischen und gerade als der Deutsche sich bückte, zertrat er mit dem Absatz die Apfelsine, deren Saft nach allen Seiten spritzte! Dann blickte er abwechselnd uns und den Gefangenen halberfüllt und höhnisch an und entfernte sich mit tänzelnden Schritten, stolz ob dieser Heldentat.

Hätte ich dieses abscheuliche Schauspiel nicht mit eigenen Augen gesehen, es fielen mir schwer, daran zu glauben. Der Schaden war gewiß nur gering, die Erde hat in diesem Falle nur ein bißchen vergeudeteten Fruchtsaft und kein kostbares Menschenblut gesogen — und doch ist mir diese zertretene Apfelsine ein Symbol für die abgrundtiefe Gemeinheit geblieben, die der Völkerhaß erzeugen kann.

Man soll aber die Menschen und die Völker nicht über einen Kamm scheren. Wenige Minuten nach dieser traurigen Szene sahen wir, wie ein französischer Korporal die Zeitungen, die für die ihm unterstellten deutschen Mannschaften bestimmt waren, selbst lachend aufhob und verteilte und dabei uns freundlich zuwinkte. Auch andere französische Unteroffiziere und Soldaten gaben uns durch nette und witzige Zurufe zu verstehen, wie sehr sie sich über den Anblick der deutschen „Friedensboten“ freuten, die auch ihnen das endgültige Kriegsende bringen würden. Einige schrien aus vollem Halse demonstrativ: „Vive la paix! A bas la guerre!“ Hoch der Friede! Nieder mit dem Krieg! Und wir hatten den Eindruck, daß dieser Ruf sozialistischer Franzosen nicht nur den deutschen Zivilisten galt, sondern vielleicht noch mehr den französischen Offizieren, die uns seit Köln als Eskorte beigegeben waren und die vom Speisewagen aus diese sehr verschiedenartigen Szenen beobachtet konnten. Nach einer Weile ließen uns übrigens diese Offiziere durch den Führer dieses Teils der Delegation, den damaligen Geheimrat von Keller, den jetzigen Botschafter in Buenos-Aires, ersuchen, nichts mehr den deutschen Gefangenen zuzuwerfen, um unliebsame Zwischenfälle zu vermeiden. Unsere Vorräte waren aber sowieso erschöpft . . .

Jetzt waren wir mittlerweile im ehemaligen Brennpunkt des langjährigen Kampfes angelangt. Ein Meer von Brandruinen verkündete uns St. Quentin. Schon aus der Ferne sah man das gespensterhafte Schiff der Kathedrale aus diesem Meer emporragen. Durch die hohen Mauern hindurch erblickte man den Himmel: Das Dach war eingestürzt, der stumpfe Turm zur Hälfte weggerastert. Nun war zwar während des größten Teils des Krieges St. Quentin hinter den deutschen Linien, es war also offenkundig die alliierte, vor allem die englische Artillerie, die dieses Zerstörungswerk vollbracht hatte. Aber was half's? Wir fühlten: Solche Unterscheidungen werden die Franzosen doch nicht machen. Wir sind es in ihren Augen, die den Krieg in ihr Land angriffslustig und mutwillig getragen haben und die an allem schuld sind.

Langsam, immer langsamer fuhren wir weiter südwärts: Tergnier, Chauny, Noyon — überall dasselbe Bild des Schreckens: Keine Häuser, nur notdürftige, nach dem Waffenstillstand errichtete Wellblechbaracken, die dem Bahnpersonal oder den Aufräumungstruppen als Unterkunft dienten, hier und dort ein einsames Soldatengrab mit einem verrosteten französischen oder deutschen Stahlhelm, manchmal auch, in der Ferne, ein Soldatenfriedhof mit Tausenden von Kreuzen; und im übrigen: eine tiefaufgewühlte Erde, keine Bäume, keine Aecker, nur ein Granattrichter neben dem anderen, und Steine, Steine, Steine.

Es war ein herrlicher, sonniger, warmer Frühlingsnachmittag. Aber in der „roten Zone“ hielt noch immer der Krieg, seit einem halben Jahre beendet, die Sonne und die Natur in Schach: kaum ein grüner, frischer Fleck, alles verbrannt, vergast, verdorrt. Wir hatten das Tal der Oise erreicht, das einst zu den lieblichsten und fruchtbarsten Landschaften Nordfrankreichs zählte: Die sonst bewaldeten Hügel wiesen nur noch kleine, kahle Baumstümpfe auf, die oberen Teile der Bäume lagen zerstreut auf den Hängen oder sie hingen noch am Stumpf wie geknickte Streichhölzer. Zwischendurch Schützengraben und Drahtverhaue, Granattrichter, Drahtverhaue, Trichter, Steinhaufen — das war der Film, der sich vor unseren Augen Stunde um Stunde abrollte.

Erst als wir das Gebiet von Compiègne erreichten, veränderte sich die Landschaft wie durch ein Wunder. Bald sah man schon die ersten ganzen Häuser wieder, die ersten besackerten Felder, das erste Grün. Jetzt konnte die Lokomotive auf einmal schneller ziehen und nahm normales Schnellzugtempo an. Das seelische Spießrutenlaufen, das uns die französische Regierung zugeordnet hatte, war nach etwa vier Stunden zu Ende. Ich muß gestehen, daß ich förmlich aufatmete, als wir dieses Gebiet verließen. Die letzten, von weittragenden deutschen Geschützen zerstörten Häuser waren der Bahnhof von Compiègne und die angrenzenden Häuser. Dann aber herrschte wieder tiefster Friede in der Landschaft. An der Oise entlang, an Creil und Chantilly vorbei näherten wir uns der Hauptstadt. Der Nachmittag ging zu Ende. In schneller Fahrt bog wir südwestlich ab und machten nun einen großen Bogen um Paris herum. Bei Achères überschritten wir die Seine in der Dämmerung. Die Lichter der Hauptstadt leuchteten in der Ferne. Kurzer Halt in St. Germain. Einige Minuten später sind wir am Ziele, Vaucresson, einem kleinen Ausflugs- und Villenort der Pariser Banneile.

(Fortsetzung folgt.)

